

# Die Wirtschaft der RGW-Länder an der Jahreswende 1981/82

Dieser Bericht wurde im *Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche* verfaßt. Die Untersuchung stützt sich hauptsächlich auf offizielle Statistiken der einzelnen RGW-Länder und des Sekretariats des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau. Die Angaben für 1981 sind vorläufig.

## Gesamtübersicht

Die vor einem Jahr vom Institut ausgesprochene Vermutung, daß die Ziele der laufenden Fünfjahrespläne der RGW-Länder für die Jahre 1981 bis 1985 kaum erreichbar sind, wurde durch die Entwicklung im Jahre 1981 bekräftigt: Die Ergebnisse in diesem Jahr lagen in den meisten RGW-Ländern, auch in der UdSSR, unter den Planvorgaben. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum im RGW-Durchschnitt war auch geringer als im Vorjahr. Dies dürfte die Planer der DDR, Rumäniens und der UdSSR veranlaßt haben, in der endgültigen Fassung der Fünfjahrespläne die unteren Grenzwerte der ursprünglich geplanten Wachstumsraten des Nationalproduktes als maßgebend zu fixieren. In der ČSSR ist man sogar unter diese früher angenommenen Grenzwerte gegangen.

Die Abschwächung des *Wirtschaftswachstums* in der RGW-Region als Ganzes von +2,7% auf +1,6% im Jahre 1981 ist in erster Linie auf den kräftigen Rückfall der Wirtschaft in Polen (-13%), dann aber auch auf das verlangsamte Wachstum des Nationalproduktes in der UdSSR, der ČSSR und in Rumänien zurückzuführen. Ausschlaggebend für das enttäuschende Gesamtergebnis in der UdSSR war der weitere Pro-

duktionsrückgang in der Landwirtschaft, deren Erträge drei Jahre hintereinander sanken. In der ČSSR ist für den Wachstumsrückgang des Nationalproduktes (von +2,9% auf +0,2%) nicht nur das schwache Abschneiden der Landwirtschaft, sondern auch die Wachstumsverlangsamung der Industrieproduktion (+2% gegenüber +3,5% im Vorjahr) maßgebend. In Rumänien, wo die landwirtschaftliche Produktion 1981 das zweite Jahr rückläufig war, hat vor allem der starke Rückgang des Industriebeschäftigungswachstums (von +6,1% auf +2,6%) zur weiteren gesamtwirtschaftlichen Abschwächung (von +2,9% auf +2,1%) beigetragen. Die durch die außenwirtschaftlichen Belastungen aufgezwungene Drosselung der Investitionen und der Importe aus dem Westen führte bereits 1979 und vor allem 1980 zu einer drastischen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. In Bulgarien, wo keine Angaben über das Nationalprodukt 1981 vorliegen, dürfte die Wirtschaft — auf Grund der gemeldeten Ergebnisse in Industrie und Landwirtschaft — die geplante Wachstumsrate von 5% (gegenüber +5,7% im Vorjahr) erreicht haben. Eine gleich starke Steigerung des Nationalproduktes wurde in der DDR gemeldet. Die Wirtschaft Ungarns konnte 1981 — nach einem leichten Rückgang im Vorjahr (-0,8%) — mit einem Wachstum des Nationalproduktes von 2,0% etwas aufholen; bei stagnierender Produktion der Landwirtschaft war dies hauptsächlich dem mäßigen Wachstum der Industrie (+2,3% gegenüber -2,1% im Vorjahr) zu danken.

Bei stagnierenden oder rückläufigen *Investitionen* (außer in der UdSSR, wo die Investitionen um 3% zugenommen haben) war auch die Entwicklung des *pri-*

## Übersicht 1

### Wirtschaftsentwicklung im RGW-Raum

	1976 bis 1980	1979	1980	1981		1982	1981 bis 1985
				Plan	Ist		
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %						
<i>Osteuropa (ohne UdSSR)</i>							
Nationalprodukt <sup>1)</sup> 2)	3,8	2,3	1,0 <sup>3)</sup>	4,6 <sup>4)</sup>	-2,0 <sup>5)</sup>	3,4 <sup>4)</sup>	3,1 bis 3,8
Brutto-Industrieproduktion <sup>2)</sup>	5,5	4,4	2,7 <sup>5)</sup>	4,8 <sup>4)</sup>	-1,1 <sup>5)</sup>	4,4 <sup>4)</sup>	3,5 bis 4,2
<i>UdSSR</i>							
Nationalprodukt <sup>1)</sup>	4,2	2,2	3,5	3,4 <sup>6)</sup>	3,1	3,0 <sup>6)</sup>	3,4 <sup>6)</sup>
Brutto-Industrieproduktion	4,4	3,4	3,5	4,1	3,4	4,7	4,7
<i>RGW</i>							
Nationalprodukt <sup>1)</sup> 2)	4,1	2,2	2,7 <sup>3)</sup>	3,7 <sup>4)</sup>	1,6 <sup>5)</sup>	3,1 <sup>4)</sup>	3,3 bis 3,5
Brutto-Industrieproduktion <sup>2)</sup>	4,7	3,7	3,3 <sup>5)</sup>	4,3 <sup>4)</sup>	2,1 <sup>5)</sup>	4,6 <sup>4)</sup>	4,3 bis 4,6

<sup>1)</sup> Netto-Materialprodukt — <sup>2)</sup> Zur Gewichtung der aggregierten Indizes siehe: für Nationalprodukt *United Nations Economic Survey of Europe in 1969, New York 1970, Part II S 1*; für Brutto-Industrieproduktion *United Nations Economic Survey of Europe in 1978, New York 1979, Part I S 113* — <sup>3)</sup> Nach Ausklammerung Polens 1980: Osteuropa 3,0% RGW 3,4%; 1981: Osteuropa 2,8% RGW 3,0% — <sup>4)</sup> Ohne Polen — <sup>5)</sup> Nach Ausklammerung Polens 1980: Osteuropa 3,9% RGW 3,6%; 1981: Osteuropa 3,5% RGW 3,4% — <sup>6)</sup> Verwendetes Nationalprodukt

vaten Konsums — auf Grund der schlechten Ergebnisse in der Landwirtschaft und verringerter Konsumgüterimporte — unbefriedigend. Um den völligen Zusammenbruch der Versorgung abzuwenden, wird in Polen seit Jahresbeginn 1981 der Verkauf von Nahrungsmitteln streng reglementiert, allerdings ohne eine fühlbare Besserung zu erzielen. Ernste Mangelerscheinungen traten auch in Rumänien auf, und in anderen RGW-Ländern, wie in der UdSSR, konnte die Nachfrage gleichfalls nicht voll gedeckt werden. Demgegenüber zeichnet sich der Verbrauchermarkt in Ungarn durch ein reichhaltiges Warenangebot bei einem im Vergleich zu den Einkommen höheren Preisniveau als in anderen RGW-Ländern aus. Die Entwicklung des privaten Konsums, der in Ungarn, trotz einer leichten Erholung gegenüber 1980, praktisch auf dem Niveau von 1979 stagniert, wird durch eine restriktive Lohnpolitik in Grenzen gehalten.

Mehrere RGW-Länder melden auch für 1981 einen Anstieg der Verbraucherpreise. Abgesehen vom Sonderfall Polen, wo für 1981 eine Inflationsrate von 25% angegeben wurde, stiegen, nach offiziellen Angaben, die Verbraucherpreise in Ungarn um 4,6%, in Rumänien um 3,1%, in der ČSSR um 0,8%. In Bulgarien, wo sich die Teuerungsrate 1980 auf 14% belief, liegen für 1981 noch keine Daten vor.

Die bisher verfolgte Politik stabiler Verbraucherpreise, die durch steigende staatliche Subventionen unterstützt werden mußte, wird nur noch in der UdSSR und der DDR beibehalten. Dennoch gab es auch in diesen Ländern Preissteigerungen — in der UdSSR hauptsächlich auf den Kolchosmärkten, in der DDR bei Waren des gehobenen Bedarfs —, die im amtlichen Verbraucherpreisindex nicht ausgewiesen werden.

Der Außenhandel der RGW-Länder war 1981 durch eine markante Abschwächung des Ost-West-Handels geprägt; der Intra-RGW-Handel dürfte sich hingegen, nach zum Teil noch unvollständigen Daten, mit einer Wachstumsrate von über 10% (zu laufenden Preisen), ähnlich entwickelt haben wie im Vorjahr.

Die Exporte der gesamten RGW-Länder in den Westen stiegen 1981 (zu laufenden Preisen) um 3% (im Vorjahr um 23%), die Importe aus dem Westen um rund 5,2% (+ 12%). In Osteuropa allein (ohne UdSSR) schrumpften die Westexporte und -importe sogar um rund 3% bis 4%. Die Stagnation der Exporte ist vor allem auf den Ausfall der polnischen Lieferungen (–28%) zurückzuführen. Der Konjunktureenbruch im Westen hat auch die Absatzmöglichkeiten anderer RGW-Länder in Mitleidenschaft gezogen; überall nahmen die Exporte viel langsamer zu als im Vorjahr. Andererseits haben die enttäuschenden Exportergebnisse die Importe aus dem Westen beeinträchtigt, vor allem in Ländern, wo die Zahlungsbilanzprobleme besonders gravierend sind: In Polen gingen die Importe aus dem Westen um rund 28% und in Rumänien um 19% zurück. Aber auch die ČSSR, mit einer relativ geringen Hartwährungsverschuldung, verringerte ihre Importe aus dem Westen um fast 4%.

Im Gegensatz zu 1979 und 1980 stiegen die Exporte der UdSSR 1981 viel langsamer als die Importe. Die deutliche Abschwächung der Exportzunahme (+9% gegenüber +27% im Vorjahr) erklärt sich hauptsächlich aus der geringeren Nachfrage nach Rohöl und Rohölprodukten im Westen sowie den stagnierenden Erdölpreisen. Andererseits hängt die ziemlich hohe Importsteigerung (um 15%) mit der Mißernte zusammen, die verstärkte Einfuhren von Getreide und Futtermitteln erforderlich machte.

Übersicht 2

Entwicklung des Außenhandels der RGW-Länder mit den westlichen Industrieländern

	1966 bis 1970		1971 bis 1975		1975	1976 bis 1981				
	E	I	E	I		Durchschnittliche jährliche Veränderung in %	1976	1977	1978	1979
Bulgarien	E	8,9	4,7	–3,3	29,2	6,1	12,8	69,8	27,4	24,9 <sup>1)</sup>
	I	5,9	24,8	31,0	–19,0	–5,8	8,3	11,7	24,9	36,9 <sup>1)</sup>
ČSSR	E	10,9	10,7	–6,3	2,7	13,0	6,8	21,8	24,9	–1,3
	I	12,5	13,9	2,6	11,7	6,6	6,3	15,3	9,0	–3,8
DDR	E	9,6	13,3	–5,6	22,2	–10,3	5,6	19,8	26,2	14,0 <sup>2)</sup>
	I	15,2	15,9	–0,6	28,2	–9,8	–1,9	35,0	10,5	17,1 <sup>2)</sup>
Polen	E	9,5	21,7	7,5	8,8	8,8	9,8	11,7	14,4	–26,9
	I	10,1	40,7	16,2	9,7	–6,7	–1,9	–0,2	–0,7	–27,5
Rumänien	E	16,6	21,1	–9,7	14,9	–0,4	14,6	29,9	27,8	4,8 <sup>2)</sup>
	I	16,6	19,5	–7,3	–4,8	16,7	24,7	9,1	6,4	–18,6 <sup>2)</sup>
Ungarn	E	13,0	9,0	–8,7	11,1	8,6	4,3	28,3	5,1	–7,0
	I	12,1	16,2	–6,3	–1,9	18,7	19,2	–0,6	1,8	3,6
Osteuropa	E	11,2	19,2	–2,8	12,8	4,3	8,7	24,3	19,7	–2,8
	I	12,8	27,3	6,6	8,1	2,2	7,3	11,6	4,8	–4,2
UdSSR	E	9,9	23,3	–1,9	27,6	12,5	–1,3	43,7	26,8	8,7
	I	11,6	30,7	58,0	11,5	–8,3	10,6	20,7	18,7	15,2
RGW	E	10,7	22,5	–2,4	19,3	8,1	4,0	34,2	23,4	3,0
	I	12,3	30,5	29,1	9,6	–2,0	8,7	15,8	11,5	5,2

E = Exporte I = Importe

Q: Nationale Statistiken — <sup>1)</sup> Jänner bis September — <sup>2)</sup> Geschätzt mit Hilfe der OECD-Statistik Basis 10 Monate

Außenhandel der RGW-Länder mit den westlichen Industrieländern<sup>1)</sup>

		1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981 <sup>2)</sup>
		in Mill. \$											
Bulgarien	E	285 1	300 7	343 0	441 2	448 2	434 5	562 4	608 0	731 5	1 277 9	1 639 5	1 948 3
	I	349 9	357 1	384 3	517 7	973 9	1 278 4	1 037 5	996 0	1 150 2	1 320 7	1 661 6	2 164 7
	S	- 64 8	- 56 4	- 41 4	- 76 5	- 525 7	- 843 9	- 475 1	- 388 0	- 418 7	- 42 8	- 22 1	- 216 4
ČSSR	E	771,5	846 4	962 0	1 316 9	1 690 3	1 657 8	1 646 6	1 898 6	2 117 4	2 826 9	3 240 0	2 911 9
	I	904 7	992,5	1 084 0	1 556 9	2 085 8	2 236 9	2 420 3	2 633 8	2 919 3	3 432 9	3 691 1	3 228 5
	S	- 133 2	-146 1	- 122 0	- 240 0	- 395 4	- 579 2	- 773 7	- 735 2	- 801 9	- 806 0	- 451 1	- 316 6
DDR	E	1 002,8	1 070,3	1 295 6	1 725 9	2 393 2	2 259 6	2 760 7	2 477 1	2 616 0	3 135 1	4 172 7	4 756 9
	I	1 296 2	1 374 4	1 817 8	2 556 9	3 293 9	3 274 1	4 196 3	3 784 1	3 712 8	4 991 4	5 815 1	6 809 5
	S	- 293 4	-304 2	- 522 1	- 831 0	- 900 7	- 1 014 5	- 1 435 6	- 1 307 0	- 1 096 8	- 1 856 3	- 1 642 4	- 2 052 6
Polen	E	1 006 9	1 155 5	1 498 4	2 179 7	3 013 9	3 241 0	3 525 0	3 834 1	4 417 0	5 056 7	5 848 7	4 275 0
	I	930,3	1 101 9	1 814 8	3 471 1	5 322 1	6 182,3	6 781 1	6 330 0	6 518 6	6 665 3	6 690 7	4 852 1
	S	76 6	53 6	- 316 4	-1 291 4	-2 308 2	- 2 941,3	- 3 256 1	- 2 495 9	- 2 101 6	- 1 608 6	- 842 0	- 577 1
Rumänien	E	590 4	716 5	888 9	1 435 0	2 052 2	1 853 5	2 129 8	2 120 3	2 649 2	3 510,3	4 486 5	4 701 8
	I	774,3	832 7	1 069 8	1 553 6	2 499 8	2 318 3	2 206 5	2 575 6	3 571 1	3 896 7	4 147 9	3 376 4
	S	- 183,8	-116 2	- 181 0	- 118 6	- 447 6	- 464 8	- 76 7	- 455 3	- 921 9	- 386 4	338 6	1 325 4
Ungarn	E	629,8	617,3	824 1	1 198 0	1 363 0	1 328 9	1 554 5	1 714 2	1 927 8	2 639 7	3 045 8	2 731 1
	I	678 6	836,3	890,5	1 193,3	1 965,7	1 964 8	2 023 9	2 439 5	3 129 2	3 327 1	3 714 1	3 716 9
	S	- 48 9	-219 0	- 66 4	4 6	- 602 7	- 635 9	469 4	- 725,3	- 1 201 4	- 687 4	- 668 3	- 985 8
Osteuropa	E	4 286 6	4 706 6	5 811 9	8 296 7	10 960 8	10 775 0	12 179 0	12 652 3	14 458 9	18 246 6	22 433 2	21 323 8
	I	4 934 0	5 494 8	7 061 2	10 849 5	16 141 2	17 254 8	18 665 7	18 759 1	21 001 2	23 634 1	25 720 5	24 146 5
	S	- 647 5	-788 2	-1 249 4	-2 552 9	-5 180 3	- 6 479 5	- 6 486 7	- 6 106 7	- 6 542 3	- 5 387 5	- 3 287 3	- 2 822 7
UdSSR	E	2 393 4	2 758 1	2 944 4	5 093 2	8 268 6	8 511 1	10 391 5	11 973 5	12 738 1	19 090 2	24 431 1	24 318 8
	I	2 822 3	2 889 9	4 150 4	6 232 9	8 116 1	13 451 7	14 356 6	13 459 3	16 059 9	20 203 1	24 228 4	25 538 0
	S	- 428 9	-131 8	- 1 206 0	- 1 139 7	152 6	- 4 940 6	- 3 965 0	- 1 485 9	- 3 321 8	- 1 112 9	202 7	- 1 220 2
RGW (7)	E	6 680 0	7 464 7	8 756 7	13 389 9	19 229 5	19 286 5	22 570 5	24 625 8	27 197 0	37 336 8	46 864 3	45 642 6
	I	7 756,3	8 384 7	11 211 7	17 082,5	24 257 3	30 706 5	33 022 3	32 218 4	37 061 1	43 837 2	49 948 9	49 684 5
	S	- 1 076 4	-920 0	- 2 455 4	- 3 692 5	- 5 027 8	- 11 420 1	- 10 451 8	7 592 6	- 9 864 1	- 6 500 4	- 3 084 6	- 4 041 9

E = Exporte I = Importe S = Saldo

<sup>1)</sup> Die Tabelle basiert auf nationalen Währungen die mit Hilfe der laufenden Umrechnungskurse in Dollar umgerechnet wurden — <sup>2)</sup> Vorläufig

Nach vorläufigen, auf Außenhandelsstatistiken der RGW-Länder beruhenden Schätzungen, dürfte das *Handelsbilanzdefizit* Osteuropas (ohne UdSSR) aus dem Westhandel Ende 1981 etwa 2,8 Mrd. \$ betragen haben und damit um 0,5 Mrd. \$ niedriger sein als Ende 1980. Die ČSSR und Polen konnten ihre Defizite verringern, Rumänien seinen Aktivsaldo sogar beträchtlich steigern. In den übrigen osteuropäischen Ländern nahm das Defizit beträchtlich zu. Die UdSSR mußte 1981 ein Handelsdefizit gegenüber dem Westen von 1,2 Mrd. \$ — gegenüber einem Aktivsaldo von 200 Mill. \$ im Vorjahr — in Kauf nehmen. Das Handelsbilanzdefizit der gesamten RGW-Region gegenüber dem Westen hat sich 1981 von 3,1 auf 4 Mrd. \$ erhöht.

Die Pläne für 1982 sehen für die RGW-Region insgesamt (außer Polen, wo für dieses Jahr kein Plan erstellt wurde) mit +3,1% ein etwa gleich hohes Wirtschaftswachstum vor wie im Vorjahr. Die geplanten Steigerungsraten des Nationalproduktes liegen in allen RGW-Ländern, in der ČSSR und Ungarn (mit +0,5% bzw. über +1%) recht deutlich, unter den Zielsetzungen der laufenden Fünfjahrespläne, was auch für die Industrieproduktion gilt. In der UdSSR erwartet man für die Industrie eine Rückkehr zu der mittelfristig vorgesehenen Wachstumsrate.

In allen RGW-Ländern werden 1982 die Investitionen rigoros eingeschränkt, um das bestehende Konsum-

niveau soweit wie möglich bewahren zu können. Die Investitionen sollen entweder absolut zurückgehen (ČSSR, Polen, Ungarn, UdSSR) oder langsamer als das Nationalprodukt zunehmen (Bulgarien, DDR, Rumänien). Wie schon seit vielen Jahren konzentriert sich der Einsatz von Investitionen hauptsächlich auf den Energiesektor und auf bereits begonnene Objekte. Ein weiterer, allen RGW-Ländern gemeinsamer Investitionsschwerpunkt ist die Modernisierung vorhandener Anlagen.

Das wirtschaftliche Wachstum in den RGW-Ländern wird in erster Linie durch Schwierigkeiten in der *Versorgung mit Energie und Brennstoffen* begrenzt. Nach inoffiziellen Berichten kürzt die UdSSR ihre Erdöllieferungen in die osteuropäischen Länder 1982 um mindestens 10%. Nur nach Polen sollen, dem Vernehmen nach, die bis jetzt gelieferten Mengen aufrechterhalten werden. Die Lage wird zusätzlich durch die Verringerung polnischer Kohlenlieferungen, den Ausfall rumänischer Stromlieferungen (für die ČSSR) und Verzögerungen im Ausbau der Atomenergie verschärft. Dies erklärt auch die Dringlichkeit, mit der die Eindämmung von Energie- und Rohstoffverschwendung in den Plänen für 1982 hervorgehoben wird. Durch härtere Verbrauchsnormen, höhere Preise für die Wirtschaft und die Bevölkerung sowie schärfere Kontrollen soll ein rationeller und sparsamer Einsatz dieser Produktionsfaktoren erzielt werden.

Die angestrebte Besserung wird in den Plänen auch quantitativ fixiert. So sieht die DDR für 1982 eine Senkung des spezifischen Energieverbrauchs um 4% vor, in der ČSSR soll der Verbrauch von Brennstoffen und Energie auf das Niveau von 1980 zurückgehen, und in Ungarn will man den geplanten Zuwachs der Industrieproduktion ohne zusätzlichen Energieaufwand erzielen.

Die *außenwirtschaftlichen Belastungen* zwingen die osteuropäischen Länder die Exporte zu intensivieren, wodurch der verbleibende Spielraum für Investitionen und Konsum sehr eingeengt wird. Da die Wirtschaft im Westen im laufenden Jahr kaum wachsen wird, sind die Aussichten auf Realisierung der Exportziele ungünstig. Andererseits wird das hohe Zinsniveau und die geringe Bereitschaft des Westens weitere Kredite einzuräumen die Importe aus dem Westen in engen Grenzen halten. Eine zusätzliche Belastung für die ohnehin angespannte Zahlungsbilanz kommt aus der Landwirtschaft. Die Verschiebung von der pflanzlichen zugunsten der tierischen Produktion, die sich im RGW-Raum nach 1975 vollzogen hat, erhöht die Abhängigkeit von Futtermittelimporten. Diese Tendenz hat sich im abgelaufenen Jahr noch verstärkt, da der Rückschlag in der Landwirtschaft, vor allem in der Pflanzenproduktion, den die meisten RGW-Länder 1981 erlitten haben, zusätzliche Einfuhren von Getreide und Futtermitteln notwendig macht.

Auch der *Intra-RGW-Handel*, der 1980 etwa 53% des gesamten Außenhandels der RGW-Länder ausmachte, steht im Zeichen der Konjunkturschwäche der beteiligten Volkswirtschaften. Für die weitere Vertiefung der "sozialistischen Integration", die in den Plänen für 1982 hervorgehoben wird, sind die Voraussetzungen eher ungünstig. Wie aus dem Verlauf der RGW-Ratstagungen 1980 und 1981 zu entnehmen war, dürfte der Verzug bei der Plankoordinierung, dem wichtigsten Instrument der regionalen Zusammenarbeit, mit der schwierigen Problematik zusammenhängen, die Energielieferungen sicherzustellen und zu bilanzieren. Die angespannte Zahlungsbilanz der osteuropäischen Länder gegenüber dem Westen und auch gegenüber der UdSSR sowie die zunehmende Nachfrage nach Investitionen für den Energiebereich scheinen der Grund zu sein, daß keine weiteren gemeinsamen Großprojekte geplant sind. Auch die Krise in Polen wirkt sich nachteilig auf die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen aus. Polen war bis jetzt nicht imstande, mit einem neuen Fünfjahresplan zu einem koordinierten Kooperationsprogramm im RGW beizutragen. Die verringerte Lieferfähigkeit einerseits und die notwendigen Veränderungen in der Bedarfslage Polens andererseits erfordern bei den RGW-Partnern Umstellungen der seit langem festgelegten Wirtschaftspläne. Polen kommt nicht nur seinen Lieferverpflichtungen für Kohle und andere Rohstoffe, wie Schwefel, Kupfer, nicht voll nach, sondern

ist auch bei Maschinen und Ausrüstungen, deren Produktion von westlichen Zulieferungen abhängig ist, im Verzug. Andererseits werden von Polen langfristig bestellte Investitionsgüter nicht angenommen, weil in diesem Lande Investitionsprojekte gestrichen und bereits begonnene Objekte abgebrochen wurden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß der Außenhandel 1982 die Entwicklung der Wirtschaft eher belasten als unterstützen wird.

### Bulgarien

Nach offiziellen bulgarischen Angaben entwickelte sich im Jahr 1981 die *Industrie* mit einer Zunahme von 5,6% plangemäß, während die *Landwirtschaft* mit einem Produktionszuwachs von 4% weder den Ausfall des Vorjahres (−4,6%) aufholen noch die Erwartungen der Planer (+4,7%) erfüllen konnte. *Das Nationalprodukt*, für das diesmal keine Angaben publiziert wurden, dürfte demnach das geplante Wachstum von 5,1% bestenfalls knapp erreicht haben.

Innerhalb der *Industrie* verzeichnete die Chemie mit +11,1% das höchste Wachstum, aber auch die Energiewirtschaft (+5,8%), Maschinenbau und Metallverarbeitung (+6,6%) und die Eisenmetallurgie (+6,4%) expandierten überdurchschnittlich. Für die drei letztgenannten Branchen waren allerdings die Planziele noch höher gesteckt gewesen.

In der *Landwirtschaft* konnte 1981 die Getreideernte um 11,4% (auf rund 8,7 Mill. t) erhöht und somit die Mißernte von 1980 (−8,3%) mehr als wettgemacht werden. Demgegenüber lag die tierische Produktion zum Teil weit unter den Erwartungen. Der Planerfüllungsbericht erwähnt eine Steigerung der Produktion von Gemüse, Obst, Milch und Eiern in den Privat- und Hilfswirtschaften. Über die Entwicklung der *Investitionen* liegen keine Zahlenangaben vor. Allerdings heißt es, daß weder der Plan für die Fertigstellung und Inbetriebnahme von Objekten erfüllt, noch die organisatorischen Schwächen in der Bautätigkeit überwunden werden konnten.

Der *Lebensstandard* der Bevölkerung scheint sich einigermassen erwartungsgemäß entwickelt zu haben: Das Pro-Kopf-Realeinkommen und die gesellschaftlichen Konsumfonds stiegen um jeweils etwa 3%, die Einzelhandelsumsätze um 4,6%. Als weiterhin unbefriedigend wird die Lage im Dienstleistungssektor bezeichnet; auch wurden um 2.100 Wohnungen weniger fertiggestellt als geplant.

Über den *Außenhandel* liegen zur Zeit nur Teilangaben vor: In den ersten drei Quartalen 1981 stiegen die Gesamtexporte um 11,2%, die Importe um 20,5%. Eine Fortsetzung dieses Trends im IV. Quartal würde bedeuten, daß sich 1981 der Außenhandelsüberschuß des Jahres 1980 (722 Mill. \$) in ein Defizit von etwa

89 Mill. \$ umgekehrt hätte Auch im Handel mit dem Westen hat sich die Position Bulgariens in den ersten drei Quartalen verschlechtert<sup>1)</sup>. Es ist daher anzunehmen, daß das bulgarische Defizit im Westhandel 1981 gleichfalls gestiegen sein dürfte (Defizit 1980: 22 Mill. \$)

Die offiziell angeführten *Planziele für 1982 und 1981 bis 1985* werden als absolute Untergrenze für die Wirtschaftsentwicklung der kommenden Jahre betrachtet: Auf höchster Ebene wurde beschlossen, daß 1981 bis 1985 die staatlichen Planansätze für das Wachstum des Nationalproduktes im Jahresdurchschnitt um 2 bis 3 Prozentpunkte und jene für die Zunahme der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität um 3 bis 4 Prozentpunkte<sup>2)</sup> überschritten werden müssen Dies ist bei der folgenden Analyse der offiziellen (gesetzlich fixierten) Planziele im Auge zu behalten.

Die bulgarische Volksversammlung verabschiedete im Dezember 1981 nur den Volkswirtschaftsplan für 1982 und nicht, wie es in den letzten Jahren üblich war, einen Plan für zwei Jahre. Der *Plan für 1982* sieht gegenüber 1981 eine weitere Verlangsamung des Produktionswachstums vor, reduziert aber auch im Vergleich zur ursprünglichen Planversion für 1982 seine Wachstumsziele. Nunmehr soll durch eine Zunahme der Industrieproduktion um mindestens 4,5% und der Agrarproduktion um 2,2% das Nationaleinkommen um wenigstens 3,6% wachsen. Ein anvisiertes Wirtschaftswachstum von 5,6% bis 6,6%, das sich

<sup>1)</sup> Nach OECD-Statistik gingen die bulgarischen Exporte um 10,4% zurück, die Importe stiegen um 20,6%

<sup>2)</sup> Auch Planzahlen für Wirtschaftlichkeit und Produktion von Konsumgütern und Dienstleistungen sollen in quantitativ fixiertem Ausmaß übertroffen werden

aus dem Übererfüllungsbeschluß ergibt, würde allerdings sogar eine Beschleunigung bedeuten.

Auf der Verwendungsseite sind für den Konsum etwa gleich hohe Zuwachsraten vorgesehen wie in der Vergangenheit (Pro-Kopf-Realeinkommen 3,0%, gesellschaftliche Konsumtionsfonds 3,5%, Einzelhandelsumsätze 3,8%). Diese Planzahlen wurden gegenüber der ursprünglichen Planversion nur wenig korrigiert und zum Teil sogar leicht hinaufgesetzt Der ursprüngliche Investitionsplan wurde dagegen um nominell 3% gekürzt. Unter der — optimistischen — Annahme, daß die Investitionen 1981 den geplanten Wert erreicht haben, und der Annahme, daß die Planzahl 1982 zu laufenden Preisen zu verstehen ist, würde das geplante reale Investitionswachstum jedenfalls unter 2,3% (siehe Übersicht) liegen, da mit 1. Jänner 1982 eine weitere (nicht näher spezifizierte) Erhöhung der industriellen Großhandelspreise in Kraft trat<sup>3)</sup>. Die Außenhandelsumsätze sollen 1982 um nur 4% zunehmen

Der endgültige *Volkswirtschaftsplan für 1981 bis 1985*, ebenfalls im Dezember 1981 verabschiedet, enthält Wachstumsziele, die teils beträchtlich unter jenen des Planentwurfs liegen. Er sieht nun eine im Vergleich zur Vergangenheit relativ bescheidene Zunahme des Nationaleinkommens um 3,7% p. a. vor. Berücksichtigt man allerdings die oben erwähnten zusätzlichen 2 bis 3 Prozentpunkte, so ergibt sich, daß ein Wirtschaftswachstum von 5,7% bis 6,7% p. a. anvisiert wird (zum Vergleich: 1976 bis 1980 +6,1% p. a.). Das erscheint unter den zunehmend schwierigen Be-

<sup>3)</sup> Für ein niedrigeres geplantes Investitionswachstum spräche auch die Zahl des Fünfjahresplans (+0,9% p. a.)

Übersicht 4

**Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Bulgariens**

	1976 bis 1980	1979	1980	1981		1982	1981 bis 1985
				Plan	Ist		
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %							
<i>Nationalprodukt</i>							
produziert	6.1	6.6	5.7	5.1		3.6	3.7
verwendet	3.3	3.5	7.5				
<i>Industrie<sup>1)</sup></i>							
Bruttoproduktion	6.1	5.4	3.9	5.6	5.6	4.5	5.1
Beschäftigte	1.0	1.2	1.3				
Arbeitsproduktivität	5.1	4.2	2.6				
<i>Landwirtschaft</i>							
Bruttoproduktion	0.9	6.0	-4.6	4.7	4.0	2.2	3.4
pflanzliche	-0.8	5.6	-8.8				
tierische	2.9	6.4	0.4				
Brutto-Anlageinvestitionen	4.0	-2.2	7.5	1.0 <sup>2)</sup>		2.3 <sup>3)</sup>	0.9
Einzelhandelsumsätze nominell	7.9	7.0	17.3				
real	3.7	2.3	3.0	4.8	4.6	3.8	3.9
Durchschnittliche Löhne und Gehälter nominell	4.5	4.8	10.7		4.1		2.7
real	0.6	1.5	-0.3				
Realeinkommen pro Kopf	2.5	2.9	3.4	3.1	3.0	3.0	2.8
Verbraucherpreise (Einzelhandelspreise)	4.0	4.5	14.0				
Geldeinkommen der Bevölkerung							
Exporte insgesamt	14.4	15.3	16.1	8.3 <sup>4)</sup>	11.2 <sup>5)</sup>	4.0 <sup>4)</sup>	7.0 <sup>4)5)</sup>
nach den westlichen Industrieländern	27.3	69.8	27.4		18.8 <sup>5)</sup>		
Importe insgesamt	9.6	8.3	12.5		20.5 <sup>5)</sup>		
aus den westlichen Industrieländern	2.9	11.7	24.9		30.3 <sup>5)</sup>		

<sup>1)</sup> Sozialistische Industrie — <sup>2)</sup> Geschätzt — <sup>3)</sup> Zu laufenden Preisen — <sup>4)</sup> Umsatz — <sup>5)</sup> I bis III Quartal — <sup>6)</sup> Plan-Entwurf

dingungen sehr ambitiös, umso mehr als sich eine geplante Zunahme der Investitionen um nur 0,9% p. a. errechnen läßt (1976 bis 1980 +4,0% p. a.) Um ein geplantes Wirtschaftswachstum von 3,7% p. a. zu erreichen, soll laut Plan die Industrie um 5,1% p. a. expandieren, die Landwirtschaft um 3,4% p. a. In der Industrie selbst sollen Maschinenbau und Chemie wie bisher mit Abstand am schnellsten wachsen (+8,4% bzw. +7,7% p. a.), aber auch die Energiewirtschaft und Eisenmetallurgie zählen zu den strukturellen Schwerpunkten (je +5,4% p. a.). In der Landwirtschaft sollen insbesondere die Getreide- und die tierische Produktion erhöht werden. Diesem Ziel soll auch die mit 1. Jänner 1982 wirksam gewordene neuerliche Erhöhung der staatlichen Aufkaufpreise für landwirtschaftliche Mangelprodukte dienen. Die Bedeutung der Privat- und Hilfwirtschaften für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln soll weiter zunehmen.

Dem Lebensstandard und besonders der Konsumgüterversorgung wird offensichtlich steigende Bedeutung eingeräumt: Das Pro-Kopf-Realeinkommen (+2,8% p. a.) und die Einzelhandelsumsätze (+3,9% p. a.) sollen sogar etwas rascher zunehmen als im vergangenen Planjahr fünf. Der Plan selbst enthält keinerlei quantitative Angaben über den Außenhandel; im Entwurf war eine Zunahme des gesamten Außenhandelsumsatzes um 7,0% p. a. erwartet worden.

Der jüngste Fünfjahresplan beruht u. a. auf den Hoffnungen, die die betreffenden Instanzen in den sogenannten "vervollkommenen" Neuen Ökonomischen Mechanismus setzten, der mit 1. Jänner 1982 in allen Bereichen der Wirtschaft in Kraft trat. Dabei handelt es sich um ein System der Planung und Leitung der Wirtschaft, das mit gewissen Modifikationen bereits in den Jahren 1979 bis 1981 sukzessive in verschiedenen Sektoren eingeführt wurde. Es bringt im wesentlichen eine Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse und eine stärkere Betonung marktähnlicher Mechanismen und zielt darauf ab, die Mittel selbst zu erwirtschaften sowie die Löhne enger an das wirtschaftliche Endergebnis zu binden. Dieser Neue Ökonomische Mechanismus, der sich allerdings aus Elementen verschiedenster Herkunft zusammensetzen scheint, soll zu der seit längerem angestrebten "Intensivierung" der Wirtschaft (Erhöhung der Produktivität und Wirtschaftlichkeit, Modernisierung u. a.) beitragen.

In den letzten Jahren ließ sich eine kontinuierliche Revision der Erwartungen der bulgarischen Planer hinsichtlich des künftigen Wirtschaftswachstums nach unten verfolgen. Der endgültige Fünfjahresplan (1981 bis 1985) sieht wie eine Fortsetzung dieser Tendenz in Richtung Abkehr von unrealistisch hoch angesetzten Planzielen aus. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß man in Bulgarien (über den Plan hin-

ausgehend) eine Aufrechterhaltung des Entwicklungstempos der zweiten Hälfte der siebziger Jahre anstrebt. Ob diese sehr optimistische Vorstellung verwirklicht werden kann, scheint sehr fraglich zu sein, zumal abzuwarten bleibt, welche Übergangsschwierigkeiten und Ergebnisse die Wirtschaftsreform bringen wird.

## ČSSR

Schon im Wirtschaftsplan für 1981 hatte sich eine Tendenz zur deutlichen Verlangsamung des *Wirtschaftswachstums* abgezeichnet. Die Planerfüllung blieb nach den Berichten des Statistischen Amtes der ČSSR noch weit deutlicher hinter den bescheidenen Planzielsetzungen zurück. Bezeichnenderweise enthält der Bericht diesmal keine Wachstumsrate, sondern den absoluten Betrag des Nationalproduktes (454 Mrd. Kcs), das "mäßig gewachsen" sei. Gegenüber 1980 bedeutet das eine Zunahme von 900 Mill. Kcs oder eine Wachstumsrate von 0,2%.

Für diese Stagnation der Wirtschaftsentwicklung wird in erster Linie das schwache Abschneiden der *Landwirtschaft* verantwortlich gemacht. Gegenüber 1980 schrumpfte die landwirtschaftliche Produktion um 3,4%, während ein Wachstum um 2,6% vorgesehen war. Insbesondere die pflanzliche Produktion ging infolge einer Mißernte bei Getreide und Hackfrüchten um 7,1% zurück.

Die Leistungen der *Bauwirtschaft* sanken gegenüber 1980 um 2,0%, was sich insbesondere bei den Investitionen und im Wohnungsbau ungünstig auswirkte. Schlechte Arbeitsorganisation, ungünstige Struktur der materiellen und technischen Ausstattung der Baubetriebe, ein Überhang an begonnenen Bauvorhaben und Mängel bei der Standort- und Projektionsplanung werden verantwortlich gemacht. Trotz einer leicht rückläufigen Zahl von Arbeitskräften (-0,7%) sank die Arbeitsproduktivität je Beschäftigten in der Bauwirtschaft um 1,3%, während die Durchschnittslöhne um 1,1% stiegen.

Gestiegen ist nur die *Industrieproduktion* (+2%), die aber deutlich unter dem Planansatz von 2,7% blieb. Die Arbeitsproduktivität wuchs nur um 1,6%, bedeutend langsamer als in den Vorjahren und auch langsamer, als im Plan vorgesehen war. Da die durchschnittlichen Nominallöhne in der Industrie um 1,9% zunahmen, also rascher als die Arbeitsproduktivität, erhöhten sich auch die Lohnkosten je Produktionseinheit. Allerdings gingen die Materialkosten um 1,1% zurück, sodaß sich die Gesamtkosten je Produktionseinheit verringerten.

Die Gesamtlieferungen von Gütern und Waren stiegen (zu konstanten Großhandelspreisen) nur um 1,7%, während das Wachstum der Bruttoproduktion mit 2,0% ausgewiesen ist, ein Indiz dafür, daß wieder

ein Teil der Produktion nicht absetzbar war und die Lagerhaltung erhöhte. Innerhalb der Gesamtlieferungen wuchsen die Lieferungen intermediärer Güter (für den Produktionsverbrauch) mit 2,4% überdurchschnittlich, während die Endnachfrage nach Verbrauchsgütern im Innenhandel nur um 0,4% gesteigert werden konnte (zu konstanten Kleinhandelspreisen waren die Lieferungen an den Binnenhandel sogar etwas niedriger als im Vorjahr).

Ein deutliches Zeichen der Bemühungen, durch Exporte das äußere Gleichgewicht wiederzugewinnen, ist auch die Zunahme der Lieferungen für den Export in die nichtsozialistischen Länder (westliche Industriestaaten und Entwicklungsländer) um 5,2% und in die sozialistischen Länder (RGW-Staaten, Jugoslawien und nichteuropäische sozialistische Länder) um 2,6%.

Im Kohlenbergbau konnte der Plan trotz Samstagsschichten nicht voll erfüllt werden, und mit 122,8 Mill. t Stein- und Braunkohle blieb die Förderung in etwa auf dem Umfang von 1980. Mit 73,5 Mrd. kWh Stromerzeugung wurde ein Wachstum von 1% erreicht, deutlich weniger, als im Plan vorgesehen war; allerdings bestand bei dem verlangsamten Wachstum kein größerer Bedarf. Es gelang aber auch nicht, den Energieverbrauch je Einheit des Nationalproduktes zu senken. Die Eisen- und Stahlproduktion sowie die Buntmetallerzeugung nahm um 0,9% zu, wobei eine gewisse Strukturverbesserung zu Edelstahl (+2,8%) und dünnen Blechen (+4,4%) und Kaltwalzblechen für elektrotechnische Zwecke (+14,2%) erzielt wurde. Die Maschinenindustrie blieb mit einer Steigerung um 3,9% um 0,9 Prozentpunkte unter dem Plansoll. Am besten schnitt die Elektrotechnik ab, die ihren Plan um 1,3 Prozentpunkte übererfüllte. Besonders hohe Steigerungsraten wurden bei der Erzeugung von Ausrüstungen für Kernkraftwerke (+95,1%), von mikroelektronischen Schaltungen (+32,4%), von Maschinen und Ausrüstungen für die chemische Industrie (+20,0%), von Großlokomotiven über 600 kW (+14,2%) und bei Bau- und Straßenmaschinen (+8,3%) erreicht. Auch die Erzeugung von Ersatzteilen konnte überdurchschnittliche Steigerungsraten erzielen, aber selbstkritisch wird zugegeben, daß weiterhin das Problem besteht, richtige Sortimente von Ersatzteilen zu erzeugen.

Die Erzeugung der chemischen Industrie (einschließlich Erdöl-Raffinerien) ging um 0,5% zurück, hauptsächlich wegen rückläufiger Lieferungen von Erdöl aus der UdSSR. Die Holzverarbeitungsindustrie wuchs um 1,8%, die Leichtindustrie um 2,5%. Die Nahrungsmittelindustrie verzeichnete eine Steigerung um 1,5%, wegen ungenügender Lieferung von landwirtschaftlichen Inputs konnten die Zuckerindustrie, Molkereien, Fetterzeugung, Konserven und Alkoholherstellung ihre Planaufgaben nicht erfüllen.

Der Umfang der *Investitionen* ging um 3,6% zurück,

wobei insbesondere Lieferungen für Großvorhaben über 23 Mill. Kcs nicht erfüllt werden konnten, während Lieferungen für kleinere Bauten übererfüllt wurden. Von 107 verbindlich geplanten und kontrollierten Großprojekten konnten nur 62 Projekte in Betrieb genommen werden.

Im *Außenhandel* wurde der geplante Vorrang der Ausfuhr gegenüber der Einfuhr eingehalten. Man kann weniger von Exporterfolgen sprechen als von der Wirkung der immer rigorosere angewendeten Importbeschränkungen, die sich in der allgemeinen Wachstumsschwäche auswirkten. Hier ist in erster Linie die rückläufige Entwicklung der Importe von Rohöl aus der UdSSR zu nennen. Ministerpräsident *Strougal* stellt die Situation so dar, daß die ČSSR von sich aus, in dem Bemühen, den Handel mit den einzelnen RGW-Ländern auszugleichen, "die früher geplanten Einfuhren auch im Bereich der Rohstoffe und edler Brennstoffe herabgesetzt habe in Hinblick auf unsere Möglichkeiten, sie in diesem Planjahr fünf zu begleiten". Es ist jedoch wahrscheinlicher, daß die UdSSR die Rohöllieferungen drosselte, da dies auch gegenüber den meisten anderen RGW-Partnern der Fall war.

Ab 1982 sollen die Erdölbezüge noch stärker verringert werden. Aus verschiedenen Anhaltspunkten — z. B. Planvorgabe auf Herabsetzung des Verbrauchs von Erdölprodukten um 17½% — kann man schließen, daß die Kürzung der Rohölimporte aus der UdSSR heuer mindestens 2 Mill. t gegenüber 1980 (18,8 Mill. t) ausmachen wird.

Die Ausfuhr wurde insgesamt um 9,4% ausgeweitet, während der Import nur um 5,8% stieg. Gegenüber den nichtsozialistischen Ländern stieg die Ausfuhr um 4% (preisbereinigt bedeutet dies einen leichten Rückgang), die Importe waren jedoch nominell um 3,6% geringer als im Vorjahr (und sanken natürlich real noch stärker). Im Handel mit den sozialistischen Ländern nahmen die Exporte ebenfalls stärker zu als die Importe (Exporte +11,8%, Importe +9,8%), ein Zeichen dafür, daß die ČSSR trachtet, das Handelsdefizit mit der UdSSR auszugleichen. Auf jeden Fall hat diese Entwicklung die Handels- und Zahlungsbilanz günstig beeinflußt.

Die Meldung, daß trotz Stagnation der Wirtschaftsentwicklung, größeren Wachstums der Ausfuhr als der Einfuhr sowie weiterer Terms-of-Trade-Verluste die Einzelhandelsumsätze real um 1,5% und die Reallöhne um 1% gestiegen seien, muß mit Skepsis betrachtet werden. Zu diesem Ergebnis kommt man, wenn man den amtlichen Index der Einzelhandelspreise heranzieht, der nur um 0,8% gestiegen ist. In Wirklichkeit war die Preissteigerung wahrscheinlich höher, sodaß der Lebensstandard eher stagnierte. Selbst dies wäre ein Erfolg, der durch den deutlichen Rückgang der Investitionstätigkeit erkauft wurde.

Die für *das Jahr 1982* geplante Steigerung des Natio-

**Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung der ČSSR**

	1976 bis 1980	1979	1980	1981		1982	1981 bis 1985	
				Plan	Ist	Plan	Plan	
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %							
<i>Nationalprodukt</i>								
produziert	3,6	3,0	2,9	2,8	0,2	0,55	2,0 bis	2,6
verwendet	2,1	1,1	2,2					
<i>Industrie</i>								
Bruttoproduktion	4,6	3,7	3,5	2,7	2,0		2,7 bis	3,4
Beschäftigte	0,7	0,8	0,6	0,2	0,4			0,4
Arbeitsproduktivität	3,9	2,9	2,9	2,5	1,6		2,3 bis	3,0
<i>Landwirtschaft<sup>1)</sup></i>								
Bruttoproduktion	1,8	-3,3	4,8	2,6	-3,4	3,2	1,7 bis	2,7 <sup>2)</sup>
pflanzliche	1,5	-7,2	6,5	6,8	-7,1			
tierische	2,2	-0,3	3,9	0,0	-0,6			
Brutto-Anlageinvestitionen	3,4	1,8	1,4	0,0	-3,6	-3,3		0
Einzelhandelsumsätze nominell	3,8	3,6	2,0	2,4	2,3	2,8		
real	2,1	-0,1	-0,4		1,5	0		
Durchschnittliche Löhne und Gehälter nominell	2,8	2,5	2,4	1,7	1,8			
real <sup>3)</sup>	A	0,7	-0,6		1,0			
	B	0,7	-1,3		1,0			
Einzelhandelspreise	2,1	3,9	2,9		0,8	5 bis 7 <sup>4)</sup>		
Geldeinkommen der Bevölkerung	4,1	3,6	4,0	2,6	2,8	2,6		
Wohnbau (in 1.000 Einheiten)	132,1 <sup>5)</sup>	122,7	128,9	110	94,1		96 bis	100
Exporte insgesamt	10,3	10,3	14,3		9,4			
nach den westlichen Industrieländern	12,2	21,8	24,9		4,0 <sup>6)</sup>	7,5 <sup>7)</sup>		
Importe insgesamt	8,6	11,3	7,6		5,8			
aus den westlichen Industrieländern	7,2	15,3	9,0		-3,6 <sup>6)</sup>			

<sup>1)</sup> Zu konstanten Preisen von 1980 — <sup>2)</sup> Geschätzt für die nächsten 4 Jahre auf Grund Planziffer: 1,4% bis 1,9% Steigerung p. a. gegenüber Fünfjahresplanperiode 1975 bis 1980 und auf Grund tatsächlicher Ergebnisse für 1981 — <sup>3)</sup> Deflationiert mit Einzelhandelspreisen (A) bzw. Lebenshaltungskosten (B) — <sup>4)</sup> Auf Grund der Preiserhöhungen vom 30. Jänner 1982 — <sup>5)</sup> Jahresdurchschnitt — <sup>6)</sup> Nichtsozialistische Länder — <sup>7)</sup> Außenhandelsumsatz

nalproduktes um 2,5 Mrd. Kcs beträgt wieder nur 0,55%, also viel weniger als die im Gesetz festgelegten 2,0% bis 2,6% p. a. Noch weit schlechter sind die Aussichten für eine planmäßige Steigerung der Industrieproduktion. Im offiziellen Planerfüllungsbericht für das Jahr 1981 wird zwar von einer Steigerung um 2% berichtet, aber gemäß den Aussagen des Planungschefs S. Potac soll die Industrieproduktion volumenmäßig nur um 4 Mrd. Kcs gestiegen sein und auch im laufenden Jahr 1982 nur um 4 Mrd. Kcs zunehmen. Es ist nicht ersichtlich, ob der angeführte Zuwachs vom Bruttowert oder vom Nettowert der Industrieproduktion berechnet wurde. Im ersten Fall wäre die Industrieproduktion im Vorjahr nur um 0,56% gestiegen und im zweiten Fall um 1,5%. Auch für das laufende Jahr sind die Wachstumsraten ähnlich bescheiden. Auf jeden Fall liegen beide Steigerungsraten deutlich unter den Zielsetzungen des Gesetzes über den Fünfjahresplan, die daher als unrealistisch zu bewerten sind.

Ähnliches gilt für die Planaufgaben für die Landwirtschaft. Die im Gesetz festgelegte Steigerungsrate von 7% bis 10% (+1,4% bis +1,9% p. a.) gegenüber der vorangegangenen Fünfjahresperiode sieht sehr bescheiden aus. Wenn man jedoch bedenkt, daß die landwirtschaftliche Produktion 1981 um 3,4% zurückgegangen ist, dann dürfte es in den nächsten vier Jahren nur gute Ernten geben, und die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten müßten 3% bis 4,3% betragen, um das im Gesetz vorgeschriebene Wachstumsziel zu erreichen. Für das laufende Jahr wird mit

einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um 3,2% gerechnet.

Zur Erreichung der Planziele werden rigorose Einsparungen an Material und Energie vorgeschrieben. Die Einsparung von Brennstoffen und Energie per Einheit des Nationalproduktes soll 2% p. a. und die der Metallverwertung in der Produktion sogar 4,5% bis 5% p. a. betragen. Aber der offizielle Planerfüllungsbericht muß zugeben, daß die staatlich festgesetzten Ziele für Ersparnisse an Brennstoffen, Energie und Metallen, trotz geringen Rückgangs je Produktionseinheit, nicht eingehalten werden konnten. Geht man davon aus, daß ähnliche Planaufgaben für das laufende Jahr dem Ziel untergeordnet werden, in den außenwirtschaftlichen Beziehungen das Gleichgewicht wiederherzustellen, dann bedeutet das, daß von den bescheidenen Zuwächsen praktisch alles in das Ausland abfließen muß, und es ist sogar fraglich, ob das reichen wird. Wahrscheinlicher ist, daß das im Inland verfügbare Volumen von Gütern und Leistungen (das für Verbrauch und Akkumulation verwendete Nationaleinkommen) gegenüber 1981 zurückgehen wird. Mit den sozialistischen Ländern wird eine ausgeglichene Handelsbilanz angestrebt, gegenüber den nichtsozialistischen Ländern ist sogar ein Handelsaktivum eingeplant, um auch die Zahlungsbilanz, die durch Fälligkeiten von Krediten und durch Zinszahlungen belastet ist, auszugleichen. Die Bevölkerung muß daher mit einem Rückgang der Realeinkommen im laufenden Jahr rechnen. Die seit 30. Jänner geltenden Einzelhandelspreise (insbesondere werden die



Preise für Fleisch und Fleischwaren, Zigaretten und Tabakwaren sowie verschiedene Spirituosen sowie die Restaurantpreise steigen) bewirken trotz teilweiser Kompensation einen Rückgang der Realeinkommen um mindestens 3%

## DDR

In den Jahren 1976 bis 1980 erzielte die DDR — offiziellen Angaben zufolge — mit beinahe 4% ein beachtlich hohes Wirtschaftswachstum. Als wichtigste Ursachen für das im RGW-Raum überdurchschnittlich hohe Wachstumstempo der DDR kommen in Frage:

- Ein Vergleich mit den anderen osteuropäischen Ländern zeigt, daß die DDR seit 1979 relativ hohe Handelsbilanzdefizite in Osteuropa aufweist, so daß das überdurchschnittlich kräftige Wachstum auf eine überdurchschnittlich hohe Importstütze zurückzuführen sein kann.
- Einen wesentlichen Vorteil hat die DDR durch den innerdeutschen Handel, weil die DDR durch ihn leichter als andere RGW-Länder harte Devisen verdienen kann. In den Jahren 1980 und 1981 erwirtschaftete die DDR im innerdeutschen Handel einen Exportüberschuß, dem hohe Defizite im Handel mit den übrigen westlichen Ländern gegenüberstehen. Hinzu kommen die Zinsvorteile aus der sogenannten Swingregelung — einem von der BRD eingeräumten zinsenlosen Überziehungskredit für den Warenhandel in Höhe von maximal 850 Mill. DM — und Transfers, die der DDR im Rahmen der besonderen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in der Höhe von etwa 1 Mrd. DM pro Jahr zufließen, und schließlich die hohe Leistungsbereitschaft und das Organisationstalent der Deutschen in der DDR.

Auf Vorteile aus dem innerdeutschen Verhältnis und auf die Disziplin der Bevölkerung kann die DDR-Führung wohl auch weiterhin bauen. Andere Umstände sind für das Erreichen der ambitiösen Wachstumsziele durchaus nicht günstig.

Die wichtigsten Ziele des *Fünfjahrplans* 1981 bis 1985, in den sich sowohl der Plan für das Jahr 1981 als auch — mit kleinen Abstrichen — der Plan für das Jahr 1982 einreihen lassen, sind: Ebenso wie das Nationalprodukt soll die Industrieproduktion wachsen (+5% p. a.) Wachstumsvorreiter sollen vor allem der Maschinenbau (Produktionszuwachs durchschnittlich 7,1% bis 7,4% p. a.) und der Bereich Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau sein. Letzterer soll seine Produktion bis 1985 um 9,3% bis 9,6% p. a. ausweiten. Große Hoffnungen werden in die Mikroelektronik gesetzt, mit deren Hilfe ein weitgehender Generationswechsel bei den Produkten der Rechen-, Steuer- und Meßtechnik vollzogen werden soll.

Um zu verhindern, daß diese ehrgeizigen Wachstumsziele eine hohe Rohstoffnachfrage nach sich ziehen, wurden nicht minder anspruchsvolle Sparziele gesetzt. Der spezifische Verbrauch an volkswirtschaftlich wichtigen Rohstoffen, Energieträgern und Material soll jährlich um mindestens 6,1% gesenkt werden, der spezifische Energieverbrauch um mindestens 4%. Die Senkung des Materialverbrauchs ist das Thema, das in jüngster Zeit alle Grundsatzartikel und Reden von Wirtschaftsfunktionären wie ein roter Faden durchzieht.

Die Chancen, daß die Rechnung der Planer, durch hohes Wachstum das Handelsbilanzdefizit rasch abzutragen, aufgeht, stehen nicht gut. Gegen ein hohes Wachstum sprechen u. a. folgende Gründe:

- Für den Konsum und damit für materielle Anreize bleibt nur ein geringer Wachstumsspielraum. Einzelhandelsumsätze und Nettogeldeinnahmen sollen zwar bis 1985 *nominell* um je 3,7% im Jahresdurchschnitt zunehmen. Versteckte Preissteigerungen bei Gütern des Grundbedarfs und offene Preissteigerungen bei allen anderen Gütern werden jedoch für reale Einkommenserhöhungen nur wenig Spielraum lassen.
- Ganz schlecht kommen die Investitionen weg. Die Volkswirtschaft der DDR soll sich im laufenden Planjahrfünft mit einer Investitionssumme von 256 Mrd. M begnügen, das entspricht einem jährlichen Wachstum von nur 0,5%. Man kann aber erwarten, daß die Investitionen innerhalb der Industrie auf Kosten der übrigen Bereiche (vor allem der Infrastruktur) weiter steigen werden. Von Kürzungen ausgenommen ist auch der Wohnungsbau.
- Das Arbeitskräftepotential wird nicht zunehmen.
- Das Aufkommen an wichtigen Rohstoffen, wie Erdöl und Steinkohle, wird rückläufig sein, Braunkohle und Atomenergie können die Lücke bestenfalls schließen.
- Es gibt keine erkennbaren Ansätze zu einer ökonomischen Reform. Höhere Material- und Kapital-effizienz erfordert aber einen effizienten Wirtschaftsmechanismus. Die Erfahrung zeigt, daß man mit administrativen Maßnahmen allein die Effizienz nicht nachhaltig steigern kann.
- Schließlich wird sich auch die DDR als relativ kleines und außenhandelsabhängiges Land nicht von den Stagnationstendenzen in Ost und West freimachen können.

Die staatliche Zentralverwaltung für Statistik meldete überraschend die Erfüllung und teilweise Übererfüllung des Plans *im Jahr 1981*. Danach soll das *Nationalprodukt* um 5%, die *Industrieproduktion* um 5,1% gestiegen sein. Etwas unter der Planvorgabe blieben die Einzelhandelsumsätze mit einer nominellen Zunahme von nur 2,5%, deutlich darunter die Zunahme der Außenhandelsumsätze um 10% (Plan + 16%). Der Zuwachs bei Investitionen innerhalb der Industriemi-

**Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung der DDR**

	1976 bis 1980	1979	1980	1981		1982	1981 bis 1985
				Plan	Ist		
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %							
<i>Nationalprodukt</i>							
produziert	3,9	3,6	4,2	5	5	4,8	5
verwendet	4,8	1,8	5				
<i>Industrie</i>							
Bruttoproduktion	4,9	4,5	4,7	5,0	5,1	4,6 bis 5,1	5
Beschäftigte	0,3	0,4	-0,4 <sup>1)</sup>	0,0	.		
Arbeitsproduktivität	4,6	4,1	5,1	5,0	5	4,5	5,2
<i>Landwirtschaft</i>							
Bruttoproduktion	1,2	2,5	0	0,8		0,2	
pflanzliche	1,3	4,6	-3,5		-4,5 <sup>2)</sup>		1,3 bis 1,6
tierische	1,1	1,6	3,1		3,2 <sup>2)</sup>		
Brutto-Anlageinvestitionen	3,7	2,0	0,6	0	0 bis 1 <sup>1)</sup>		0,6
Einzelhandelsumsätze	4,1	3,5	4,3	4,0	2,5	4,0	3,7
Privater Konsum	4,0	4,0	3,9				3,9 bis 4,2
Öffentlicher Konsum	3,5	0,6	0,7				
Durchschnittliche Löhne und Gehälter	3,0	3,0	1,7				
Geldeinkommen der Bevölkerung	4,0	2,7	2,8	4,0	3,3	4,0	3,7
Verbraucherpreise	0,1	stabil	stabil	stabil	stabil	stabil	stabil
Exporte insgesamt	10,2	13,5	10 <sup>3)</sup>	16 <sup>3)</sup>	10 <sup>3)</sup>	15 <sup>3)</sup>	6,3 <sup>3)</sup>
Importe insgesamt	9,9	11,5					
Exporte nach den westlichen Industrieländern	11,9	20,0	26,2		14,0 <sup>4)</sup>		
Importe aus den westlichen Industrieländern	9,9	35,0	10,5		17,1 <sup>4)</sup>		

<sup>1)</sup> Schätzung — <sup>2)</sup> DIW-Schätzung — <sup>3)</sup> Umsätze — <sup>4)</sup> Hochrechnung mit Hilfe der OECD-Statistik und der Statistik des innerdeutschen Handels

nisterien wird mit 2% beziffert. Die Vorgaben für Material- und Energieeinsparungen sollen erfüllt worden sein. Für die Pflanzenproduktion ergab sich ein Zuwachs von 0,7%<sup>4)</sup>, die tierische Produktion stieg um 3,2%<sup>4)</sup>. Die Bauwirtschaft meldet die Erneuerung bzw. den Neubau von 185.300 Wohnungen. Der Plan wurde damit um über 10.000 Wohneinheiten übererfüllt.

Die offizielle statistische Berichterstattung wird von Jahr zu Jahr dürftiger. Eine Einschätzung der Wirtschaftsergebnisse fällt folglich schwer. Vor allem ist unklar, wie sich der gegebene hohe Zuwachs des Nationalproduktes auf die verschiedenen Verwendungsbereiche aufteilt. Der Konsum (öffentlicher und privater) dürfte sich 1981 um nicht mehr als 1% erhöht haben. Die Investitionen in der gesamten Wirtschaft (zu konstanten Preisen), für deren Entwicklung es diesmal keine Angaben gibt, haben wahrscheinlich stagniert, sodaß zwischen der Zunahme des produzierten und des verwendeten Nationaleinkommens eine statistische Differenz von etwa 4% besteht. Diese könnte zur Verminderung des Außenhandelsdefizits, zum Ausgleich einer Verschlechterung der Terms of Trade oder zum Aufbau der Lagerbestände verwendet worden sein. Teile der Differenz könnten sich auch aus "Unschärfen" der offiziellen Statistik erklären<sup>5)</sup>.

Nach Schätzungen über die Entwicklung des West-

handels ergibt sich im Gegensatz zu Andeutungen im Planerfüllungsbericht 1981 kein Handelsbilanzausgleich, sondern eine Vergrößerung des Defizits von 1,6 Mrd. \$ im Jahre 1980 auf rund 2 Mrd. \$ im Jahre 1981. Die Importe aus dem Westen sind um 17,1%, die Exporte in Richtung Westen nur um 14,0% gewachsen<sup>6)</sup>.

Das Defizit im Handel mit der UdSSR wurde allerdings um ein Drittel verringert (1980 547 Mill. Rubel, 1981 372 Mill. Rubel). Selbst wenn man eine wesentliche Verschlechterung der Terms of Trade annähme, kann man die Differenz zwischen der Zunahme des produzierten und des verwendeten Nationaleinkommens nicht mit der Entwicklung des Außenhandels erklären. Die Diskrepanz läßt sich folglich nur mit statistischen Verzerrungen oder auch damit interpretieren, daß die DDR auch im Jahre 1981 einen beträchtlichen Teil ihres Zuwachses an Nationalprodukt auf Lager legte<sup>7)</sup>. Es könnte sein, daß sich die auf hohes Wachstum der DDR-Wirtschaft angelegte Strategie nicht in entsprechende Erfolge beim Abbau des äußeren Ungleichgewichtes ummünzen ließ.

Die Hartwährungsverschuldung der DDR hat sich seit 1976 ungefähr verdreifacht und lag Ende 1980 bei gut 10 Mrd. \$. Nach groben Schätzungen dürfte sich die Verschuldung der DDR im Jahre 1981 um etwa 1,5 bis 2 Mrd. \$ erhöht haben. Derzeit dürfte sie (nach der

<sup>4)</sup> Schätzung des DIW.

<sup>5)</sup> Der zur Berechnung des realen Zuwachses des Nationalproduktes angewandte Deflator dürfte nicht das volle Ausmaß der Preissteigerungen reflektieren. Eine Korrektur des statistisch ausgewiesenen Nationalproduktzuwachses um ca. 2% ist zumindest für die Planerfüllungsmeldung für das Jahr 1981 angebracht.

<sup>6)</sup> In DM-Werten. In Dollar sind infolge der Aufwertung des Dollars die Veränderungen negativ (Importe -5,7%, Exporte -8,1%).

<sup>7)</sup> Bezeichnenderweise fehlt in der jüngsten Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs die Reihe "Zuwachs an materiellen Beständen". Bereits für 1980 läßt sich ein beträchtlicher Zuwachs an Lagerbildung vermuten.

Abwertung westeuropäischer Währungen gegenüber dem Dollar) bei etwa 11,2 Mrd. \$ liegen<sup>8)</sup>

## Polen

Die langfristig sich entwickelnde Krise der Wirtschaft Polens wird seit 1980 durch eine Reihe von negativen Tendenzen weiter verschärft. Dazu zählen: die zunehmende Verknappung von Brennstoffen und Energie, der starke Rückgang der Importe von Rohstoffen und Halbprodukten aus dem Westen und die drastische Kürzung der Investitionen, von der fast alle Industriebranchen betroffen wurden. Die Investitionsquote, gemessen am Anteil der Investitionen am Nationalprodukt, sank von 17% im Jahre 1980 auf (schätzungsweise) 11% im Jahr 1981. Gleichzeitig hat sich das krasse Ungleichgewicht auf dem Binnenmarkt fühlbar ausgeweitet. Die Zahlungsbilanz verschlechterte sich so stark, daß das Schuldenmanagement gegenüber dem Westen praktisch zusammengebrochen ist. Polen befindet sich am Rande völliger Zahlungsunfähigkeit.

Nach offiziellen Angaben ist *das Nationalprodukt* im Jahre 1981 um 13% gesunken. Da es bereits 1979 (-2%) und 1980 (-4%) abgenommen hatte, ist das reale Volumen des Nationalproduktes 1981 auf das Niveau des Jahres 1974 zurückgefallen.

Entscheidend für die Gesamtentwicklung war das Schrumpfen der *Bruttoproduktion der Industrie* um 12,6%, wobei es zu Produktionsrückgängen dieser Größenordnung in nahezu allen wichtigen Industriezweigen kam. Besonders folgenschwer war der Rückschlag im polnischen Bergbau. Die Förderung von Steinkohle sank um 30 Mill. t auf 163 Mill. t. Nur 15 Mill. t Kohle wurden exportiert (die Hälfte davon in den Westen), gegenüber insgesamt 31 Mill. t im Jahre 1980 im Jahresdurchschnitt und rund 40 Mill. t, darunter über 25 Mill. t Kohle in den Westen, im Jahresdurchschnitt 1974 bis 1979.

In der *Landwirtschaft* stieg 1981, nach einem empfindlichen Rückgang im Vorjahr, die Produktion um 4%. Dieser Zuwachs ist hauptsächlich auf die Steigerung der pflanzlichen Produktion um 20% zurückzuführen. In der tierischen Produktion dagegen gab es einen Rückgang um 12%, verursacht durch die Knappheit der Futtermittelreserven aus der Mißernte des Vorjahres. Deshalb ist auch der Tierbestand und die Erzeugung von tierischen Produkten drastisch geschrumpft.

Der Ausfall an tierischer Produktion und von Produkten der Konsumgüterindustrie vertiefte das Ungleichgewicht auf dem Verbrauchermarkt. Die Bevölkerung mußte erhebliche Einbußen im Lebensstandard hin-

nehmen, sie wurde besonders empfindlich durch die Engpässe in der Versorgung mit Nahrungsmitteln getroffen. Schätzungsweise ein Drittel der Geldeinnahmen der Bevölkerung war nicht durch ein entsprechendes Warenangebot gedeckt. Das Konsumgüterangebot aus Inlandsprodukten und Importen ist zwar 1981 zu laufenden Preisen um 21% gestiegen, volumenmäßig ging es aber um 11% zurück. Gleichzeitig nahmen die Geldeinkommen der Bevölkerung, hauptsächlich infolge des sprunghaften Anstiegs der Löhne im IV. Quartal des Vorjahres, um 27% zu.

Die *Inflationsrate* für 1981 wird offiziell mit 25% angegeben, die Preissteigerungen im staatlichen Sektor des Binnenhandels betragen dabei 21%. Eine Vorstellung von der entstandenen Kluft zwischen kaufkräftiger Nachfrage und Güterangebot vermittelt die Schätzung der Preissteigerungen im privaten Handel, wo sich die Preise praktisch frei gestalten, auf 58%.

Die Teuerungsrate wird heuer noch kräftiger steigen als 1981. Die nach der Verhängung des Kriegsrechtes durchgeführte Preisreform zielt auf eine tiefgreifende Abschöpfung der Kaufkraft der Bevölkerung ab. Seit dem 1. Februar 1982 gelten für Lebensmittel und kommunale Dienstleistungen wie Strom, Gas und Heißwasser neue empfindlich angehobene Preise. Zu diesen Preissteigerungen kam die Freigabe der Preise für Industriewaren. Danach wurde den Unternehmen erlaubt, die Preise für ihre Produkte frei zu kalkulieren. Dies hat dazu geführt, daß die Preise im Einzelhandel für Schuhe, Textilien, Möbel und verschiedene Haushaltsartikel in die Höhe schnellten. Der drastische Preisanstieg wurde mit umfangreichen Kompensationen auf Grund eines komplizierten Systems verknüpft, wonach einerseits die Lohnempfänger je nach Höhe des Verdienstes generell mit Zuwendungen bedacht wurden, andererseits die Rentner, kinderreiche Familien und Sozialempfänger besondere Zulagen erhielten.

Wie sich die Preisreform in ihrer Gesamtheit auf den Verbraucherpreisindex auswirken wird, ist zur Zeit schwer abzuschätzen. Von 346 Mrd. Zloty zusätzlichen Ausgaben, die sich aus dem Preisanstieg für die Arbeitnehmer außerhalb der Landwirtschaft ergeben, wurde nur die Hälfte abgegolten.

Die Krise der Gesamtwirtschaft schlug sich am deutlichsten in den Ergebnissen des *Außenhandels* nieder. Der Produktionsrückgang bei einem Nachfrageüberhang auf dem Binnenmarkt schmälerte die Exportmöglichkeiten. Die dadurch verringerten Deviseneinnahmen und Schwierigkeiten bei der Aufnahme neuer Kredite bewirkten eine Einschränkung der Importe, insbesondere aus dem Westen.

Die Exporte Polens gingen 1981 insgesamt um rund 15%, die Importe um 12% zurück. Der Rückgang war im Westhandel noch deutlicher ausgeprägt: Die Exporte Polens sanken um mehr als 20%, die Importe um 30%. Die notwendigen Käufe von Getreide und

<sup>8)</sup> Ende 1980 belief sich das Verhältnis von Hartwährungsver-schuldung (netto) zu Westexporten auf 261%. Die Pro-Kopf-Verschuldung wurde auf 615 \$ geschätzt.

Übersicht 7

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Polens

	1976 bis 1980	1979	1980	1981
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %			
<i>Nationalprodukt</i>				
produziert	16	-20	-40	-130
verwendet	05	-30	-50	
<i>Industrie</i>				
Bruttoproduktion	46	27	-04	-127
Beschäftigte	02	-02	-03	-03
Arbeitsproduktivität	44	29	-01	-124
<i>Landwirtschaft</i>				
Bruttoproduktion	-16	-15	-105	41
pflanzliche	-35	-37	-152	203
tierische	05	13	52	-12,5
Brutto-Anlageinvestitionen (real)	-25	-70	-127	-250
Einzelhandelsumsätze nominell	104	92	80	40
real	34	27	00	-110
Durchschnittliche Löhne und Gehälter				
nominell	8,8	8,8	13,5	250
real	19	20	40	00
Verbraucherpreise	6,8	6,7	9,1	250
Geldeinkommen der Bevölkerung (nominell)	112	95	116	270
Exporte insgesamt	112	123	3,4	-146
nach den westlichen Industrieländern	107	117	14,4	-203
Importe insgesamt	7,9	6,6	7,3	-12,2
aus den westlichen Industrieländern	-0,1	-0,2	-0,7	-30,4

Nahrungsmitteln haben die Lage besonders erschwert. Importausfälle betrafen in erster Linie Maschinen und Ausrüstungen, Rohöl und Erdölprodukte, Halbprodukte für die Metallurgie sowie Kunststoffe. Der Ausfall von Importen aus dem Westen konnte nur zum Teil durch verstärkte Lieferungen aus den RGW-Ländern, vorwiegend aus der UdSSR, kompensiert werden. Diese Lieferungen stiegen 1981 um 2,3%; Polens Exporte in den RGW-Raum schrumpften dagegen um 10%.

Die zwangsläufige Drosselung der Importe brachte 1981 eine Verringerung des Außenhandelsdefizits gegenüber dem Westen von 850 auf 590 Mill. \$. Das Defizit gegenüber der UdSSR hat sich dagegen von 0,8 Mrd. Rubel (1,2 Mrd. \$) auf 1,6 Mrd. Rubel (2,3 Mrd. \$) verdoppelt.

Nach offiziellen Angaben beläuft sich die *Nettoverschuldung* Polens in konvertierbaren Währungen auf 25,5 Mrd. \$, einschließlich der Hartwährungsverbindlichkeiten gegenüber den RGW-Ländern, die auf 2,6 Mrd. \$ geschätzt werden<sup>9)</sup>. Allein die Hartwährungsverbindlichkeiten Polens gegenüber den RGW-Banken werden auf 700 Mill. \$ geschätzt. Die Gesamtverschuldung Polens gegenüber den RGW-Ländern beträgt 3,3 Mrd. Rubel (umgerechnet 4,5 Mrd. \$).

Der Kreditbedarf Polens — zur Finanzierung der fälligen Tilgungs- und Zinszahlungen sowie des Importüberschusses — belief sich 1981 auf rund 10 Mrd. \$

<sup>9)</sup> Nach westlichen Schätzungen ist die Nettoverschuldung Polens höher. Die niedrigeren Werte der offiziellen Angaben könnten auch insofern mit der Aufwertung des Dollars gegenüber den westlichen Währungen zusammenhängen, als die Verbindlichkeiten Polens nicht in Dollar ausgedrückt sind.

Das Schuldenmanagement konnte bis zum Frühjahr 1981 verpflichtungsgemäß aufrechterhalten werden. Die erste Umschuldungsaktion kam Ende April 1981 zwischen Polen und 15 westlichen Regierungen zustande. Danach wurden die bis Ende 1981 fälligen Rückzahlungen (einschließlich Zinsen) bis 1985 gestundet. Die Verhandlungen mit den privaten Banken wurden dagegen nach der Verhängung des Kriegsrechtes unterbrochen. Der Kreditbedarf Polens für 1982 wird auf etwa 9,5 Mrd. \$ geschätzt. Davon sollen auf Tilgungen 6,7 Mrd. \$ und auf Zinszahlungen 3,2 Mrd. \$ entfallen. Aus der Leistungsbilanz erwartet man einen Aktivsaldo von 0,5 Mrd. \$. Die Verschuldung gegenüber dem Westen soll 1982 um weitere 2,7 Mrd. \$ zunehmen.

Als mächtigste Barriere für die Entwicklung der Wirtschaft wirken die sehr begrenzten Importmöglichkeiten Polens. Nach der Verhängung des Kriegsrechtes und den gegenüber Polen getroffenen Sanktionen hat sich die Lage besonders zugespitzt. Zu den Embargomaßnahmen zählen die Untersagung amerikanischer Exporte von Getreide und Futtermitteln, die von der EG verfügte Einstellung der Subventionierung von Nahrungsmittellieferungen nach Polen, vor allem jedoch der praktische Kreditstopp des Westens, der eher aus wirtschaftlichen als aus politischen Motiven zu erklären ist. Alle ernstzunehmenden Beurteilungen der politischen Lage sind sich jedoch einig, daß die Talfahrt der Wirtschaft nur mit kreditfinanzierten Importen aus dem Westen aufgehalten werden könnte. Kreditfinanzierte Importe aus den RGW-Ländern werden nur in sehr begrenztem Umfang möglich sein, da sie die ohnehin angespannte Wirtschaft in diesen Ländern zu sehr belasten würden.

Rumänien

Das *gesamtwirtschaftliche Wachstum* hat sich in Rumänien in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre stark verlangsamt. Im Jahre 1981 blieb das Wachstum mit 2,1% weit hinter dem Plan (+7,0%) und auch hinter dem Vorjahresergebnis (+2,9%) zurück. Die geplante Erholung blieb in erster Linie deshalb aus, weil der Devisenmangel eine kräftige Verringerung des Zahlungsbilanzdefizits erzwang.

Auf Grund der Beschränkung der Investitionen, die in der Regel Westimporte induzieren, hatte die *Bruttoproduktion der Industrie* mit +2,6% die bisher geringste Dynamik. Die starke Wachstumsverlangsamung, die von einem sehr geringen Zuwachs der Arbeitsproduktivität (2,4%) begleitet war, erfaßte sämtliche Wirtschaftsbereiche. Besonders ungünstig entwickelte sich die Nahrungsmittelindustrie, deren Produktion um 1% schrumpfte, während die Leichtindustrie (+5,8%), die Eisen- und Stahlindustrie (+4,3%) und

die Chemieindustrie (+4,0%) überdurchschnittlich rasch expandierten.

Die Erdölverarbeitung wurde auf Grund des Devisenmangels auf 24,5 Mill. t beschränkt, wobei 53% (12,9 Mill. t) des benötigten Rohöls importiert wurden. Die Rohölimporte waren damit um fast 3 Mill. t geringer als 1980. Nachdem die heimische Erdölförderung von 1977 bis 1980 um mehr als 20% gesunken war, konnte sie 1981 mit 11,6 Mill. t etwa auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden. In erheblichem Maße verfehlt wurde der Plan in der Kohlenproduktion, die um 2,1% gesunken ist. Die Förderung von Erdgas konnte um 3,9% gesteigert werden.

Neben der Energieversorgung wurde die seit langem vernachlässigte Landwirtschaft zu einem Hauptproblem Rumäniens. Die *landwirtschaftliche Produktion* schrumpfte 1980 um fast 4%, 1981 um weitere 0,9% und liegt damit unter dem Niveau von 1978. Dies führte zur Verschlechterung der Versorgungslage der Bevölkerung und in der Folge zu Lebensmittelrationierungen. Dennoch ist Rumänien nach wie vor Netto-Exporteur von Nahrungsmitteln, die großteils im Westen und im Nahen Osten gegen konvertierbare Währung abgesetzt werden.

Ein großer Teil der gegenwärtigen Wirtschaftsschwierigkeiten Rumäniens beruht auf der bisherigen Strategie, einer Wachstumsverlangsamung mit einer extensiven Investitionspolitik gegenzusteuern. Das verwendete Nationalprodukt wuchs in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre um etwa 1,8 Prozentpunkte p. a. rascher als das produzierte. Die Lücke, die sich darüber hinaus durch die Verschlechterung der Terms of Trade vergrößerte, bewirkte kreditfinanzierte Außenhandelsdefizite, wodurch die rumänische Hartwährungsverschuldung von 2,4 Mrd. \$ netto im Jahr 1975 auf 9,3 Mrd. \$ Ende 1980 wuchs. Die untragbar gewordenen außenwirtschaftlichen Probleme machten eine teilweise Umorientierung der rumänischen Wirtschaftspolitik notwendig. Die Planungsbehörden dämpften in den Jahren 1979 und 1980 die Investitionsdynamik fühlbar, damit waren Restriktionen von Westimporten gekoppelt. Dadurch gelang es Rumänien, das Defizit im Handel mit den westlichen Industrieländern abzubauen und 1980 einen Überschuß von etwa 30 Mrd. \$ zu erwirtschaften. Gleichzeitig stieg allerdings das Defizit im Handel mit den OPEC-Ländern auf Grund der mengen- und preisbedingten Steigerung der Energieimporte sprunghaft und erreichte Ende 1980 fast 2 Mrd. \$.

Die Drosselung des Wirtschaftswachstums infolge der hohen Verschuldung wirkte sich 1981 drastisch auf die internen Verwendungsaggregate aus. Die Brutto-Anlageinvestitionen sanken um 6,7%, während eine Steigerung um 4% geplant war. Die Reallöhne, wie auch die realen Einzelhandelsumsätze, wuchsen nur um 1% bzw. 1,2%, während der Plan eine Erhöhung von jeweils mehr als 3% vorsah.

Damit dürfte das verwendete Nationalprodukt im Jahr 1981 gesunken sein, das Ungleichgewicht im Außenwirtschaftsbereich konnte jedoch beträchtlich verkleinert werden. Das offizielle Kommuniké über die Planerfüllung weist einen Überschuß in der gesamten rumänischen Handelsbilanz wie auch in der Handelsbilanz in konvertierbarer Währung aus (etwa 300 Mill. \$). Nach dem Planerfüllungsbericht sind die Exporte in konvertierbarer Währung um 13,5% gewachsen, während die Importe um 12,6% gesunken sind.

Auf Grund der drastischen Kürzung der Investitionen dürfte sich der Handelsbilanzüberschuß gegenüber den westlichen Industrieländern beträchtlich erhöht haben. Dies wird auch durch die OECD-Statistik bestätigt, die bis Ende September 1981 ein Wachstum der rumänischen Exporte von 5,9% gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres ausweist, während die Importe um 13,8% gesunken sind. Der Überschuß im Handel mit den westlichen Industrieländern könnte damit mehr als 1 Mrd. \$ betragen haben<sup>10)</sup>. Nach groben Schätzungen dürften gleichzeitig die Importe aus den Entwicklungsländern um mehr als 11% gesunken sein, während die Exporte in diese Region um etwa 30% gesteigert werden konnten. Da Rumänien über eine international konkurrenzfähige Industrie für Bohr- und Förderausrüstungen verfügt und auch im chemischen und petro-chemischen Anlagenbau relativ weit fortgeschritten ist, könnte es diesem Land gelingen sein, in den OPEC-Ländern Marktanteile zu gewinnen. Damit dürfte sich das Defizit im Handel mit den Entwicklungsländern beträchtlich reduziert haben und in etwa durch die Überschüsse im Handel mit den westlichen Industrieländern ausgeglichen worden sein.

Die rasche Verringerung des Zahlungsbilanzdefizits war von der rumänischen Wirtschaftsführung nicht geplant und dürfte durch die restriktive Kreditpolitik des Westens angesichts der Ereignisse in Polen erzwungen worden sein. Für Rumänien war es praktisch unmöglich, auf dem Euromarkt neue Kredite aufzunehmen. Westliche Firmen haben die Erteilung von Lieferantenkrediten hinausgeschoben und vertraglich Lieferungen verzögert. Der Zuwachs der Verschuldung hat sich dadurch wesentlich verlangsamt. Stellt man die Zinszahlungen und andere Hartwährungsabflüsse in Rechnung, so dürfte sich die Nettoverschuldung 1981 um etwa 0,8 Mrd. \$ auf 10,1 Mrd. \$ erhöht haben.

Der *Plan für 1982* sieht ein Wachstum des produzierten Nationalproduktes um 5,5% vor, das vor allem durch die Landwirtschaft getragen wird, deren Zuwachs 6,0% bis 7,9% betragen soll. Für die Industrie ist eine Steigerung um 4,7% vorgesehen.

<sup>10)</sup> Nach einer Hochrechnung könnte der Überschuß sogar 1,3 Mrd. \$ betragen haben; siehe Übersicht 3.

**Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Rumäniens<sup>1)</sup>**

	1976 bis 1980	1979	1980	1981		1982	1981 bis 1985
				Plan <sup>2)</sup>	Ist		
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %							
<i>Nationalprodukt</i>							
produziert	7,2	6,2	2,9	7,0	2,1	5,5	7,1
verwendet	9,0 <sup>3)</sup>						4,5 <sup>4)</sup>
<i>Industrie</i>							
Bruttoproduktion	9,5	8,0	6,1	7,0	2,6	4,7	7,6
Beschäftigte	3,4	3,9	2,7				
Arbeitsproduktivität	6,7	5,6	4,5	7,0 <sup>5)</sup>	2,4 <sup>5)</sup>	4,1 <sup>5)</sup>	7,0 <sup>5)</sup>
<i>Landwirtschaft</i>							
Bruttoproduktion	4,2	4,9	-3,9	9,0 <sup>6)</sup>	-0,9	6,0 bis 7,9	7,6 bis 8,4
pflanzliche	3,5	5,9	-5,6				
tierische	5,1	4,8	-2,3				
Brutto-Anlageinvestitionen	8,6	3,5	3,4	4,0	-6,7	5,0	4,5
Einzelhandelsumsätze nominell	7,9	5,4	6,6	6,0	4,3	4,6	4,8
real	6,0	3,3	4,4		1,2		
Durchschnittliche Löhne und Gehälter nominell	7,0	4,8	6,2		4,6	6,0 <sup>7)</sup>	4,5
Reallöhne (des gesamten Personals)	5,2	2,5	4,0	3,4	1,0	1,5	2,9
Verbraucherpreise (Einzelhandelspreise)	1,8	2,0	2,1		3,1	17,5 <sup>7)</sup>	1,6
Geldeinkommen der Bevölkerung					6,3		
Exporte insgesamt	15,2	18,0	24,0	21,0	11,3		15,7
nach den westlichen Industrieländern	16,6	33,7	21,0		5,9 <sup>8)</sup>		
Importe insgesamt	17,3	20,1	20,9		-7,4		7,7
aus den westlichen Industrieländern	10,7	11,1	5,4		-13,8 <sup>8)</sup>		
Exporte in konvertierbarer Währung <sup>9)</sup>	16,0	33,1 <sup>1)</sup>	21,3 <sup>1)</sup>	14,4 <sup>1)</sup>	13,5		
Importe in konvertierbarer Währung <sup>9)</sup>	19,9	40,7 <sup>1)</sup>	23,3 <sup>1)</sup>	5,3 <sup>1)</sup>	-12,6		

<sup>1)</sup> Zu konstanten Preisen von 1977 — <sup>2)</sup> Zu konstanten Preisen von 1980 — <sup>3)</sup> Zu Preisen von 1981 — <sup>4)</sup> Angaben Rumäniens gegenüber dem IMF, vgl. IMF Survey 7. September 1981 — <sup>5)</sup> Berechnet auf Grund der Nettoproduktion — <sup>6)</sup> Wachstumsrate der Nettoproduktion — <sup>7)</sup> Laut Beschluß vom 9. Februar 1982 — <sup>8)</sup> Laut OECD Statistics of Foreign Trade Series A — <sup>9)</sup> OECD + Entwicklungsländer (einschl. OPEC)

Den Investitionen, die um 5% wachsen sollen, wird wieder Vorrang vor dem Konsum gegeben. Die Angaben über den Lebensstandard sind widersprüchlich: Nach dem Plan für 1982 sollen die Reallöhne um 1,5% erhöht, die Einzelhandelsumsätze nominell um 4,6% gesteigert werden. Andererseits wurde am 9. Februar dieses Jahres eine Erhöhung der Preise der landwirtschaftlichen Nahrungsmittel um durchschnittlich 35% beschlossen. Da Nahrungsmittel, einschließlich des Konsums in den Restaurants, 50% der Einzelhandelsumsätze ausmachen, werden sich die Verbraucherpreise damit um 17,5% erhöhen. Davon werden nur 6% durch Steigerung der durchschnittlichen Löhne und Gehälter kompensiert.

Auch wenn man annimmt, daß infolge der zurückgestauten Inflation ein laufender Geldüberhang besteht, werden sich die Preiserhöhungen empfindlich auf den Lebensstandard der nicht in der Landwirtschaft Beschäftigten auswirken. Hinsichtlich der Einkommen der landwirtschaftlichen Produzenten bleibt abzuwarten, wie sich das neue System der Ankaufpreise von Agrarprodukten auswirken wird, das Prämien für überplanmäßige Lieferungen an den Staatsfonds vorsieht.

Rumänien verhandelt derzeit über eine Umschuldung seiner Verbindlichkeiten gegenüber den westlichen Banken, die am Ende des III. Quartals 1981 brutto 4,85 Mrd. \$ betragen (gegenüber 5,78 Mrd. \$ Ende 1980). Die Liquiditätsposition des Landes ist nach wie vor prekär. Die Guthaben bei westlichen Banken betragen nur 0,4 Mrd. \$ oder knapp 10% der Westim-

porte, während 43,1% der Verbindlichkeiten (2,1 Mrd. \$) bis Juni 1982 fällig werden.

Wie im Falle Polens könnte eine zu restriktive Kreditpolitik des Westens die rumänische Wirtschaftskrise verstärken, da das Land nicht in der Lage sein wird, seine gegenwärtigen Probleme ohne zusätzliche Kredite zu bewältigen.

**Ungarn**

Offiziellen Angaben zufolge erhöhte sich das *Nationalprodukt* mit +2,0% um das im Plan vorgesehene Minimum (+2,0% bis +2,5%). Das *verwendete Nationalprodukt* stagnierte auf dem Vorjahresniveau.

Die *Industrieproduktion* wuchs um durchschnittlich 2,3%; dabei gab es große Unterschiede nach Industriezweigen, Teilbereichen und Besitzform. Maschinenbau und Aluminiumproduktion wuchsen um über 5%, und auch das Wachstum gewisser Teilbereiche der Leichtindustrie lag über dem Industriedurchschnitt. Die Metallwarenerzeugung ging unerwartet zurück. Auch die rohstoff erzeugenden Industrien konnten das Vorjahresniveau nicht erreichen. Infolge der geplanten Abnahme der Investitionstätigkeit sank das Volumen des Bauwesens und verwandter Sparten um 3,5%. Die Industriekooperativen, auf die 6,5% der Industrieproduktion entfallen, entwickelten sich mit einer Wachstumsrate von 8,6% weit dynamischer als die staatlichen Unternehmen mit einer Wachstumsrate von nur 1,9%.

Die *Landwirtschaft* konnte das Vorjahresniveau halten. Die pflanzliche Produktion sank wetterbedingt um 2,4% (Weizen sogar -8,6%). Eine Produktionssteigerung in der Viehzucht um 2,2% konnte die Verluste im Ackerbau kompensieren.

Ungarns *Gesamt-Energieverbrauch* lag im Jahr 1981 etwas unter dem Verbrauch des Vorjahres — ein wesentlicher Erfolg, der die positiven Tendenzen der beiden Vorjahre fortsetzt. Die Abnahme beruht zum Teil auf dem Produktionsrückgang in der Metallwarenerzeugung und einigen anderen energieintensiven Branchen.

Im Jahr 1981 nahm die Zahl der Arbeitskräfte in der Industrie deutlich ab. Sie sank um 2,1%, während sie in der Landwirtschaft um 2,8% stieg. Dieser Zufluß ging vor allem in Richtung zu den nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Im *Außenhandel* nahmen die Importe aus den RGW-Ländern volumenmäßig ab, zu laufenden Preisen stiegen sie um 5,3%. Die Exporte erhöhten sich um 8,9%, wobei über die Hälfte der Exportsteigerung auf höheren Preisen beruht. Die Terms of Trade haben sich verschlechtert. Das *Defizit* im Handel mit dem Rubelbereich betrug über 12 Mrd. Forint (über 430 Mill. Rubel).

Im *Hartwährungshandel* stiegen Ausfuhr (+4,7%) und Einfuhr (+4,4%) etwa im Gleichschritt. Die Zunahme der Hartwährungsexporte blieb hinter den Erwartungen zurück: Einen harten Rückschlag auf dem Gebiet bedeutet die enttäuschende Leistung der Metallwarenerzeugung und der Leichtindustrie. Die Importe überschritten den Plan geringfügig. Die Terms of Trade im Hartwährungshandel verbesserten sich um 2%; sie trugen zur geringfügigen Verringerung des Defizits im Hartwährungsbereich auf etwa 88 Mill. \$ bei. Im Handel mit den westlichen Industrieländern allein wuchs allerdings das *Defizit* beträchtlich, von 668 Mill. \$ auf 986 Mill. \$. Es wurde größtenteils durch Überschüsse im Handel mit Entwicklungsländern und durch Hartwährungsverrechnung im Intra-RGW-Handel (für sogenannte "harte" Waren) wettgemacht.

Das Volumen der Investitionen verringerte sich zu laufenden Preisen um 7%. Dabei sanken die staatlich geplanten Investitionen um 9%, während die Investitionen im Verantwortungsbereich der Unternehmen leicht stiegen. Bei ihnen wurden im Laufe des Jahres Maßnahmen getroffen, um weitere Investitionen einzuschränken. Die *Verbraucherpreise* stiegen 1981 um 4,6%, das *reale Pro-Kopf-Einkommen* um durchschnittlich 2,2%. Der private Verbrauch der Bevölkerung war um 2,4% höher als im Jahr zuvor.

Die beiden Hauptziele des *Plans für 1982* sind die Verbesserung der Außenhandelsposition des Landes und die Aufrechterhaltung des Lebensstandards auf dem Niveau des Jahres 1980.

Das *Nationaleinkommen* soll um 1,0% bis 1,5% steigen, während eine Verringerung des *verwendeten Nationaleinkommens* um 1% bis 2% zu erwarten ist. Die Senkung des verwendeten Nationaleinkommens soll durch selektive Verringerung der Investitionstätigkeit, einen Abbau der Lagerhaltung sowie durch Einsparungen beim öffentlichen Verbrauch bewirkt werden.

Die *Industrieproduktion* soll dem Plan zufolge gegenüber 1981 um 2% bis 2,5%, die *landwirtschaftliche Produktion* um 4% bis 4,5% steigen. Die *Investitionstätigkeit* soll auch 1982 weiter sinken. Der Rückgang wird im Bereich der staatlich gelenkten Investitionsvorhaben voraussichtlich stärker sein als im unternehmensgesteuerten Bereich. Trotz der allgemeinen Beschränkung der Investitionen sollen die für die Bereiche Energieeinsparung und -produktion, für den Kapazitätenausbau, für Hartwährungsexporte und zur Erhöhung der Effizienz im Substitutionsbereich für Nichtrubelimporte bestimmten Investitionen bevorzugt bedacht werden.

Eine weitere Verringerung der Zahl der Beschäftigten ist zu erwarten. Die Arbeitskräfte werden aus der Industrie hauptsächlich in die nichtproduzierenden Bereiche und in die industriellen Tätigkeiten in den landwirtschaftlichen Genossenschaften abwandern.

Über die Planziele im Außenhandel wurden nur Globalzahlen veröffentlicht. Die *Exporte* sollen um 6% bis 8%, die *Importe* um 2% bis 3% wachsen. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß die Entwicklung im Außenhandel, insbesondere der *Importe* aus dem *RGW-Bereich*, die *Wirtschaftsentwicklung* 1982 ungünstig beeinflussen dürfte. Abgesehen von Schwierigkeiten bei der Lieferung gewisser Rohstoffe, Brennstoffe u. ä., wie sie in den letzten zwei bis drei Jahren recht häufig auftraten, steht 1982 eine kräftige Verringerung der Energieimporte aus der Sowjetunion, insbesondere von Rohöl und Rohölprodukten bevor. Bis 1985 scheinen sich die Aussichten in diesem Bereich nicht zu bessern. Daher sind zusätzliche Investitionen in der wenig effizienten heimischen Energieerzeugung und insbesondere in der Kohlenförderung erforderlich bzw. müssen die Energieimporte aus dem Hartwährungsbereich erhöht werden. Den Unternehmen wird nahegelegt, Energie zu sparen oder energiesparende Maßnahmen zu beschleunigen.

Die *Verbraucherpreise* werden laut Plan im Jahr 1982 voraussichtlich um 5% steigen, während das *Pro-Kopf-Einkommen* der Lohnempfänger nominell nur um 4% bis 5% wachsen dürfte. Allerdings soll das reale Pro-Kopf-Einkommen durch die Auswirkungen von Sozialleistungen zunehmen.

Die Industrieorganisation und -verwaltung wurde 1981 durch die Zusammenlegung dreier industrieller Ministerien (für Schwerindustrie, für die metallverarbeitenden und Maschinenbaubereiche und für die Leichtindustrie) in ein Industrieministerium gestrafft.

**Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Ungarns**

	1976 bis 1980	1979	1980	1981		1982	1981 bis 1985
				Plan	Ist		
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %							
<i>Nationalprodukt</i>							
produziert	3,2	1,9	-0,8	2,0 bis 2,5	2,0	1 bis 1,5	2,7 bis 3,2
verwendet		-5,5	-1,9	-0,5 bis -1,0	0,1	-1,0 bis -2,0	
<i>Industrie</i>							
Bruttoproduktion	3,4	3,0	-2,1	3,0 bis 3,5	2,3	2 bis 2,5	3,5 bis 4,1
Beschäftigte	-1,1	-1,5	-2,6		-2,1		
Arbeitsproduktivität	4,6	4,6	0,7		4,5		
<i>Landwirtschaft</i>							
Bruttoproduktion	2,9	-1,1	4,3	3,0	0,0	4 bis 4,5	2,3 bis 2,8
pflanzliche	2,1	-3,2	6,0		-2,4		
tierische	3,8	1,2	1,5		2,2		
Brutto-Anlageinvestitionen	5,7	1,0	-5,8		-7		0,0
Einzelhandelsumsätze nominell	9,4	11,6	9,3		8,6		
real	2,7	1,7	0,1				
Privater Konsum	2,8	0,9	2,9				1,4 bis 1,8
Durchschnittliche Löhne und Gehälter	7,0	7,0	7,2	4,5 bis 5,0	6,0	4 bis 5	4,5 bis 5,0
Verbraucherpreise	6,3	8,9	9,2	4,5 bis 5,0	4,6	5	4,5 bis 5,0
Exporte insgesamt	7,2	17,2	-0,4	7,5 bis 8	6,8	6 bis 8	6,5 bis 6,8
nach den westlichen Industrieländern	11,2	28,3	5,1		-7,0		
Importe insgesamt	4,8	2,6	-2,9		4,8	2 bis 3	3,4 bis 3,5
aus den westlichen Industrieländern	7,0	-0,6	1,8		3,6		

und rationalisiert. Verschiedene landesweite Industrietrusts, insbesondere im Bereich der Lebensmittel- und Leichtindustrie, wurden aufgeteilt.

Seit Beginn des Jahres 1982 sind neue Bestimmungen für *kleine Unternehmen* in Kraft getreten. Eine ganze Reihe von bisher untersagten oder eingeschränkten Betätigungen für Privatpersonen oder kleine Gruppen von Privatpersonen wurde nun erlaubt. Erste Schritte in dieser Richtung wurden schon 1981 im Gastgewerbe unternommen. Auch Zuliefertätigkeiten, Transportunternehmen und einige landwirtschaftliche Tätigkeiten sollen dabei einbezogen werden.

Man erwartet eine Entspannung im Bereich der Ersatzteilproduktion und ein Nachlassen der chronischen Knappheitserscheinungen bei einfachen Industrieprodukten. Die geplanten Maßnahmen sollen das Angebot an Konsumgütern und Dienstleistungen für die Bevölkerung erweitern, wenn es schon nicht möglich ist, das Einkommensniveau zu erhöhen.

Weitere Bemühungen zur Stabilisierung der außenwirtschaftlichen Lage sind im Gange. Am 1. Oktober 1981 wurden die kommerziellen und nichtkommerziellen Wechselkurse des Forint gegen konvertierbare Währungen vereinheitlicht. Die ungarische Regierung hat um Zulassung zum Weltwährungsfonds (IMF) und in die Weltbank angesucht. Bankiers und Regierungsbeamte haben wiederholt angedeutet, daß vielleicht eine teilweise (externe) Konvertibilität der ungarischen Währung eingeführt werden könnte. Daraus ergibt sich der Eindruck, daß man auf die Herausforderung des abgekühlten Verhältnisses zwischen Ost und West und der steigenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten da wie dort mit einer anpassungswilligeren, pragmatischeren Wirtschaftspolitik reagieren werde.

**UdSSR**

Die sowjetische Wirtschaft blieb im Jahre 1981 mit einer Steigerungsrate von 3,1% unter dem Vorjahreswachstum (+3,5%), womit die geplante Beschleunigung des Wachstums nicht gelang. Ausschlaggebend für die Verlangsamung waren das enttäuschende Ergebnis in der Industrie — mit +3,4% ebenso niedrig wie 1979, als das niedrigste Wachstum der letzten 30 Jahre registriert wurde — und der weitere Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, der mit 2% angegeben wird.

Innerhalb der *Industrie* waren vor allem die Stromerzeugung (Verlangsamung von +5,3% auf +2%), die Brennstoffproduktion (von +2% auf +1%) und die Leichtindustrie (von +3,6% auf +3,0%) von der Wachstumsverlangsamung betroffen. Die geringfügige Wachstumsbeschleunigung bei Lebensmitteln (von +0,9% auf +2%) sowie in der Holz- und Baumatériauindustrie konnte diese Wachstumsrückgänge nicht ausgleichen.

Der seit 1978 sinkende Trend der Kohlenproduktion setzte sich 1981 fort (-2%). Die Erdölproduktion expandierte zwar mit +0,9% deutlich schwächer als im Vorjahr, das entspricht allerdings dem Plan. Die Erdgasproduktion konnte, wie im Vorjahr, um 7% gesteigert werden.

Der anhaltende Rückgang in der Kohlenproduktion wirkte sich auch auf die Stahlproduktion dämpfend aus, die 1981 nur um 0,4% ausgeweitet werden konnte. Damit wird indirekt die Herstellung einer Reihe von Stahlprodukten getroffen. So ging z. B. im Jahre 1981 die Produktion von Fahrzeugen um 2.000 Stück auf 2.197.000 zurück.

Hauptproblem der sowjetischen Wirtschaft im Jahre 1981 blieb jedoch die *Landwirtschaft*, die das dritte



Jahr sinkende Erträge verzeichnet. Ob der angegebene Produktionsrückgang um 2% in der endgültigen Statistik beibehalten wird, muß mit Skepsis betrachtet werden. Die offiziellen Angaben über die Getreideproduktion stehen zwar noch aus, und die vom US-Department of Agriculture geschätzten 170 bis 180 Mill. t<sup>11)</sup> unterliegen großen Fehlermöglichkeiten. Doch werden, außer für Kartoffeln, bei allen wichtigen Feldfrüchten Rückgänge im Ertrag gemeldet. In der tierischen Produktion stehen einer gleichbleibenden Fleischproduktion eine sinkende Milchproduktion, aber leicht steigende Produktion von Eiern und Wolle gegenüber

Mit ausschlaggebend für die schlechten Ergebnisse der Landwirtschaft ist die Stagnation der privaten Landwirtschaft. Obwohl zur privaten Nutzung nur 2,7% der Ackerfläche und 1,5% der Wiesen zur Verfügung stehen, entfallen auf die private Landwirtschaft 28% der Gesamtproduktion der UdSSR, bei einzelnen Produkten noch mehr: Fleisch und Milch 30%, Eier 34%, Kartoffeln 61%, Gemüse 30%, Obst 54%. Infolge dieses relativ hohen Anteils fällt es nun ins Gewicht, daß die private Produktion insgesamt stagniert (die durchschnittliche Produktion 1976 bis 1980 lag um 1% unter dem Vergleichswert 1971 bis 1975). Als Hauptursache der Stagnation der privaten Landwirtschaft wird die Abwanderung von den Dörfern in die Städte angesehen. Dementsprechend ist z. B. in der RSFSR die private Produktion in der gleichen Periode um 5% gesunken, während in den mittelasiatischen Republiken mit hohem Bevölkerungswachstum deutliche Zuwächse zu verzeichnen sind.

Da die private Landwirtschaft nicht nur in der Bodennutzung effektiver arbeitet, sondern z. B. auch für die Fleischproduktion nur etwa halb so viel an Futtermitteln benötigt wie der sozialistische Bereich<sup>12)</sup> und überdies der Anteil des privaten Sektors an der Fleischproduktion sinkt, ist bereits ein Gleichbleiben der gesamten Fleischproduktion mit vermehrtem Bedarf an Futtermitteln verbunden.

Von den Anfang 1981 beschlossenen Maßnahmen zur "Förderung der privaten Landwirtschaft" können noch keine deutlichen Wirkungen erwartet werden. Sie sind überdies durch andere Faktoren, wie z. B. das irrationale Preissystem, ihrer möglichen Wirkung beraubt. Wenn Getreide mehr kostet als Brot, und Fleisch im Einzelhandel um die Hälfte weniger als das zur Aufzucht nötige Futter, lohnt sich eine private Aufzucht von Rindern oder Schweinen nicht — es sei denn, man verfüttert Brot, was nun mit hohen Strafen belegt wird.

<sup>11)</sup> Dies würde einen Rückgang von 5% bis 10% bedeuten. Es liegen aber auch noch weit ungünstigere Schätzungen vor. K. E. Wedekin z. B. schätzt die Ernte auf 165 Mill. t. d. h. den Rückgang auf 13% (Neue Zürcher Zeitung vom 10. Februar 1982).

<sup>12)</sup> Vgl. *Ekonomika i matematičeskii metody* Nr 6/1981 S. 106.

Um die Folgen der Stagnation in der Fleischproduktion zu mildern, wurde die Fleischversorgung der Bevölkerung reorganisiert, und es wird in Betriebskantinen Fleisch an die Arbeiter abgegeben. Dadurch hat sich zwar die Versorgung der Bevölkerung durch den Einzelhandel im allgemeinen sehr verschlechtert, aber andererseits wurde die Versorgung der Arbeiter insoweit gebessert, daß sie nun ohne große Warteschlangen ebenfalls zu Fleisch kommen. Auf diese Weise konnte eine zunehmende Unzufriedenheit unter den Arbeitern verhindert werden, aber andererseits ist auch kein vermehrtes Interesse geweckt worden, selbst eine private Produktion von landwirtschaftlichen Produkten aufzunehmen.

Trotz der Wachstumsverlangsamung in der Gesamtwirtschaft wurden die *Investitionen* gegenüber dem Vorjahr etwas beschleunigt (+3,1% gegenüber +2,1%), sie sind nach drei zurückhaltenden Jahren erstmals wieder gleich schnell wie das Nationaleinkommen gewachsen.

Im Lichte des Investitionswachstums erscheint das ausgewiesene Wachstum des *Realeinkommens* pro Kopf der Bevölkerung von 3,3% als "leicht aufgerundet". Eine gewisse Diskrepanz ergibt sich auch aus den nominellen Angaben über die wichtigsten Einkommenskategorien (Löhne +1,8%, Einkommen der Kolchosbauern +4%) und dem angegebenen Wachstum der Einzelhandelsumsätze von 4,4%. Da alle Geldeinkommenskategorien langsamer gewachsen sind, würde dies ein Sinken der Sparquote implizieren, was wieder angesichts der stagnierenden Nahrungsmittelversorgung wenig plausibel scheint.

Infolge der höheren Getreideimporte, deren Zunahme auf 35 bis 37 Mill. t geschätzt wird, haben sich die regionalen *Handelsbilanzen* der UdSSR im Vorjahr deutlich verschoben. Im Westhandel verzeichnete die UdSSR ein Defizit von 1,2 Mrd. \$ (1980 Überschuß von 200 Mill. \$), der Handelsbilanzüberschuß gegenüber den Entwicklungsländern reduzierte sich von 2,7 Mrd. \$ im Jahre 1980 auf etwa 1,2 Mrd. \$. Im Handel mit den RGW-Ländern hat sich der Handelsbilanzüberschuß fast verdoppelt (7 Mrd. \$). Ein gutes Drittel davon entfällt auf Polen, weitere nennenswerte Überschüsse erzielte die UdSSR im Handel mit Kuba, Bulgarien, der Mongolei und der DDR.

Nach den letzten Berichten hat die UdSSR im Laufe des Jahres 1981 250 t bis 300 t Gold verkauft. Bei sinkendem Goldpreis von 600 \$ auf 400 \$ je Unze dürfte sie 4 bis 5 Mrd. \$ an Erlösen erzielt haben. Das müßte ausgereicht haben, die zusätzlichen Getreide- und Fleischimporte zu finanzieren. Die Sowjetunion hat aber darüber hinaus in den ersten drei Quartalen 1981 ihre Guthaben bei westlichen Banken von 8,6 Mrd. \$ auf 4,5 Mrd. \$ reduziert und gleichzeitig ihre Verbindlichkeiten von 13,4 Mrd. \$ auf 15,4 Mrd. \$ erhöht. Der Anstieg der Nettoverschuldung gegenüber den westlichen Banken um 6 Mrd. \$ kann ange-

**Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung der UdSSR**

	1976 bis 1980	1979	1980	1981		1982 Plan	1981 bis 1985 Plan
				Plan	Ist		
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %							
<i>Nationalprodukt</i>							
produziert	4,2	2,2	3,5		3,1		
verwendet	3,8	2,2	3,5	3,4	3,2	3,0	3,4
<i>Industrie</i>							
Bruttoproduktion	4,4	3,4	3,5	4,1	3,4	4,7	4,7
Beschäftigte	1,6	1,3	1,1	0,5	0,6	0,4	0,5
Arbeitsproduktivität	3,2	2,4	2,6	3,6	2,7	4,1	4,2
<i>Landwirtschaft</i>							
Bruttoproduktion	1,5	-3,1	-2,5	7,5	-2,0	14,9	3,9
pflanzliche	2,2	-5,9	-2,9				
tierische	0,9	-0,7	-2,1				
Brutto-Anlageinvestitionen	3,4	0,7	2,2	4,5	3,1	-0,1	1,6
Einzelhandelsumsätze	4,6	4,2	5,6	3,9	4,4 <sup>1)</sup>	3,1	4,2
Privater Konsum							
Gesellschaftlicher Konsum <sup>2)</sup>	5,3	4,3	5,7	4,3	4,2		3,7
Durchschnittliche Löhne und Gehälter	3,0	2,1	3,4	2,1	1,8	2,9	2,7
Realeinkommen je Einwohner	3,3	3,0	3,5	2,9	3,3	2,1	3,1
Einzelhandelspreise	0,7	1,3	1,0				
Exporte insgesamt	15,6	19,0	17,0		15,1		
Exporte nach dem Westen	20,9	43,8	26,8		8,7		
Importe insgesamt	10,8	9,6	17,4		18,4		
Importe aus dem Westen	10,1	20,7	18,7		15,2		

<sup>1)</sup> Zu laufenden Preisen — <sup>2)</sup> Geldleistung aus dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds

sichts der Goldverkäufe nicht mehr mit dem erhöhten Finanzbedarf der UdSSR auf Grund der Getreideimporte erklärt werden und auch nicht mit Hilfe für Polen, denn an Polen hat die UdSSR nur Hartwährungskredite in der Höhe von 1 Mrd. \$ vergeben. Es ist eher anzunehmen, daß die UdSSR aus sicherheitspolitischen Erwägungen im Zuge der zunehmenden politischen Spannungen mit den USA ihre Guthaben bei westlichen Banken sukzessive abgebaut und größere Reserven in Drittländerbanken bzw. unter Zinsverlust im Inland akkumuliert hat.

Der *Plan für 1982* sieht ein etwa gleichbleibendes Wirtschaftswachstum von 3% vor. Dies bedeutet gegenüber den jahresweise ausgewiesenen Daten des laufenden Fünfjahresplans eine gewisse Beschleunigung gegenüber dem ursprünglichen Plan. Man hofft offensichtlich, den 1981 aufgetretenen Planrückstand im Jahr 1982 wieder aufholen zu können. Dementsprechend implizieren auch die geplanten Wachstumsraten für die Industrie (+4,7%) und für die Landwirtschaft (+14,9%) eine Rückkehr zu den im Fünfjahresplan vorgesehenen absoluten Werten. Im Verhältnis zu den Produktionszahlen sind die Investitionen mit -0,1% erstmals negativ und die Realeinkommen der Bevölkerung mit +2,1% vorsichtig angesetzt.

Angesichts der Planzahlen scheinen die Perspektiven für westliche Anlagenexporteure nicht sehr günstig. Infolge der neuerlichen Mißernte dürfte der Getreideimportbedarf der UdSSR weiter gestiegen sein (die Schätzungen des US-Departments of Agriculture lauten auf 40 bis 50 Mill. t Importbedarf), das würde bei den derzeit geltenden Preisen bis zu 2 Mrd. \$ zusätzliche Ausgaben gegenüber 1981 bedeuten. In der UdSSR versucht man daher durch zurückhaltende Investitionen die Importnachfrage nach Anlagegütern zu bremsen. Die Planzahlen für Konsum und Investitionen lassen allerdings einen gewissen Spielraum für den Fall der Nichterfüllung des Plans oder für den Fall, daß die Getreideimporte in der oben genannten Höhe nicht realisiert werden können. Dieser Spielraum ließe unter Umständen auch eine Übererfüllung des Investitionsplans, d. h. eine positive Wachstumsrate zu.

Benedykt Askanas  
Raimund Dietz  
Gerhard Fink  
Ilse Grosser  
Friedrich Levčik  
Gabriele Tuitz